

Publikationen zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches* (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, Bd. 18), Oldenbourg Verlag, München 1990, 461 S., geb., 108 DM.

Mit der Veröffentlichung der Beiträge des Kolloquiums »Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisation zur Massenbewegung im Deutschen Kaiserreich« vom März 1988 ist eine wichtige Zwischenbilanz sozialgeschichtlicher Forschung über die sozialistische Arbeiterbewegung im Kaiserreich erschienen. Weil die Arbeiterbewegung selbst Produkt der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft ist und die Geschichte der Arbeiter andersherum nicht ohne die Berücksichtigung ihrer Interessenorganisationen zu verstehen ist, werden Arbeiterbewegungsgeschichte, Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Geschichte des Kaiserreiches miteinander verknüpft. Da der Aufstieg der Sozialdemokratie regional uneinheitlich verlief, fördern die gesammelten Regionalstudien Bedingungen zutage, die diesen Aufstieg förderten, und benennen Faktoren, die ihn hemmten. In den regional unterschiedlichen Handlungsrahmen analysieren die Autoren die Politik der Arbeiterorganisationen und zeigen die Sozialdemokratie auch als gestaltende Kraft, die mehr als nur Produkt ihrer Entstehungsvoraussetzungen ist.

Im ersten Teil verbinden wahlhistorische Studien die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihres Rekrutierungspotentials mit den (wahlrechtlichen) Handlungsbedingungen und der regionalen Ausgestaltung des Parteiensystems. Peter Steinbach stellt fest, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht allein aus den Prozessen sozialen Wandels abzuleiten sind, sondern auch aus den Konstellationen politischer Konflikte im Parteien- und Wahlsystem (S. 34 f.). Dabei zeigt er, daß die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg mit dem »Status einer isolierten und desintegrierten Partei« (S. 21) die »Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit« (S. 6) erreicht hatte. Bernhard Mann untersucht die Beteiligung der SPD an den preußischen Landtagswahlen und kann deutlich machen, daß unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechtes »auch eine reformerische, zur Integration in das politische System bereite Arbeiterpartei keine echte Chance« gehabt hätte (S. 48) und so kaum eine Alternative zur prekären Balance zwischen revolutionärem Schwung und vorsichtigem Abwarten (S. 46) bestand. Auf Grundlage der Individualstatistik der sächsischen Landtagswähler von 1901 und 1909 kann Gerhard A. Ritter anschließend die Struktur der SPD-Wählerschaft und die Bedingungen einer starken Polarisierung zwischen Sozialisten und bürgerlichen Kräften analysieren. Ritter betont die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren im hochindustrialisierten Sachsen und das Fehlen einer starken katholischen Konfession für die Herausbildung der überwiegend gewerblich-städtischen Hochburgen der Sozialdemokratie in Sachsen. Am Beispiel der Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens, die durch einen geringen Industrialisierungsgrad, eine

klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft und eine mehrheitlich katholische Bevölkerung geprägt waren, zeigt Merith Niehuss Bedingungen auf, unter denen es der SPD gelang, auch nicht-proletarische Schichten zu gewinnen. Da die Sozialdemokratie in diesen Bundesstaaten strukturell auf eine Minderheitenposition verwiesen war, waren für Zentrum und bürgerliche Parteien Bündnisse mit der SPD gefahrloser und ermöglichten der SPD Erfolge auf kommunal- und sozialpolitischem Gebiet, schwächten aber das »kämpferische Klassenbewußtsein« (S. 109) und führten auf der kommunalen Ebene fast zum Verlust der politischen Identität (S. 125). Die folgenden Koreferate konkretisieren die Aussagen über die süddeutsche Sozialdemokratie: Hartwig Brandt zeigt für das frühe Kaiserreich die Verschränkung von bürgerlich-liberaler und proletarischer Demokratie in Württemberg. Erst kurz vor der Jahrhundertwende gewannen Milieudifferenzierungen an Bedeutung. Klaus Tenfelde verweist auf die Forschungsdefizite bei der Industrialisierungsgeschichte Bayerns und fragt, ob nicht der spezifische Typus der Industrialisierung mehr noch als Wahlrechts- und Parteiensystem die Prägung der bayerischen Sozialdemokratie mitbestimmt hat. Am Beispiel des Münchener Westends, eines rasch wachsenden Arbeitervorortes mit relativer sozialstruktureller und lebensgeschichtlicher Homogenität, verdeutlicht Stephan Bleek das Nachlassen der prägenden Wirkung hergebrachter Wertesysteme und den Aufstieg der Sozialdemokratie, deren Milieubildung allerdings nicht belegt wird.

Im zweiten Teil werden Mitgliedschaft und Führungsgruppen der Sozialdemokratie analysiert. Zunächst beschäftigt sich Dieter Fricke mit der Ausbreitung der Parteiorganisation von 1905 bis 1914. Hervorzuheben sind nach Fricke die Herausbildung einer »Partei mit Massencharakter« (S. 156), die allerdings nur Teile der Arbeiter organisatorisch erfaßte, deren industriell-städtischer Charakter und die Differenzierung zwischen fluktuierenden Neumitgliedern und langjährigen aufopferungsvolle Kleinarbeit leistenden Funktionären. In den angedeuteten Differenzierungen in der Vorkriegssozialdemokratie sieht Fricke bereits schwere Hypothesen für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Wesentlich differenzierter faßt Adelheid von Saldern den Forschungsstand über die SPD-Mitgliedschaft zusammen. So war die SPD eine Arbeiterpartei überwiegend gelernter (Industrie-)Arbeiter mit handwerklichen und entsprechenden organisatorischen Traditionen bei Unterrepräsentation un- oder angelernter Arbeiter und Fehlen unterster proletarischer Schichten. Kleinbürgerliche Schichten, meist der Arbeiterschaft entstammend oder von quasi-proletarischer Existenz, stellten 5 bis 20 % der Mitgliedschaft, während nur in den Parteizentren einige Akademiker und Intellektuelle zur SPD fanden. Bei der Betrachtung »sozialkultureller Dispositionen« der Mitgliedschaft wird trotz der Fortschritte qualitativ oder erfahrungsgeschichtlich angelegter Untersuchungen deutlich, daß die Bedeutung spezifischer Arbeits- und Lebenserfahrungen noch weiter herausgearbeitet werden muß. Der Typus des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten ist dagegen gut erforscht, wie der Beitrag von Wilhelm Heinz Schröder eindrucksvoll zeigt, so daß ein kollektivbiographischer Reichstagskandidaten-Lebenslauf vorgelegt werden kann.

Im dritten Teil wird mit dem Begriff »Sozialmilieu« (Lepsius) die Verknüpfung bestimmter Lebensumstände mit dem Organisationsgeflecht der Sozialdemokratie und die Herausbildung einer politisierten Gegenkultur untersucht. Dieter Hertz-Eichenrode zeigt, daß der Organisations- und Wahlerfolg in Berlin nicht nur auf die Folgen des sozialen Wandels zurückzuführen ist, sondern der Anstrengung der Partei größte Bedeutung zukommt. Indem die Berliner SPD die Stadt mit einem Organisationsnetz durchzog, machte sie die Organisation zu einer wirkungsvollen Waffe, mit der es gelang, »den sozialen Protest [. . .] in ein kontinuierliches, diszipliniertes Engagement für kollektive Ziele umzuwandeln« (S. 257). Im quellennahen Beitrag von Peter-Christian Witt wird die Herausbildung der sozialdemokratischen Hochburg Harburg verfolgt. Dort trieb eine kompromißunwillige bürgerlich-nationalliberale Kommunalpolitik auch bürgerliche Schichten in die Arme der Sozialdemokratie, die durch den Aufbau eines Netzes von Selbsthilfeorganisationen, von ei-

genen Einrichtungen und Kommunikationsformen quasi Ersatz für fehlende kommunale Leistungen bzw. eine eigenständige Gegenwelt schuf. Für die vier Reichstagswahlkreise des »engeren Ruhrgebietes« untersucht Karl Rohe die Entwicklung der Sozialdemokratie im regionalen System »politischer Lager«. Nachdem dort in den 1870er Jahren dem politischen Katholizismus mit einer spezifischen »Kombination von traditionaler Wertorientierung und religiös-sozialer Integration« der Durchbruch gelungen war, bildeten die nicht-katholischen Gruppen ein bürgerlich-nationales Lager, in dem sich bürgerlich-protestantische Schichten, protestantische, ausgesprochen national-orientierte und großbetrieblich-patriarchalisch gebundene Arbeitergruppen fanden. Erst »verspätet«, ab den 1890er Jahren, gelang es der Ruhr-Sozialdemokratie, dieses Zweilagersystem zum Dreilagersystem aufzubrechen und sich zur Massenbewegung zu entwickeln. Die Ursachen lagen im Niedergang des Patriarchalismus und in der Masseneinwanderung, die die traditionellen Lager in ihrer Integrationsfähigkeit überforderte. An Rhein und Ruhr bildete die Sozialdemokratie »den Typus einer Sammlungsbewegung, die zwar auch eine gewisse Milieufundierung besaß, in erster Linie politisch jedoch davon lebte, daß sie das in der Region versammelte und häufig anonym bleibende politische Protestpotential an sich zog« (S. 333).

Im vierten Teil wird die regionale und branchenmäßige Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung behandelt. Klaus Schönhoven liefert auf der Basis des vorhandenen Materials Grundlagen und Interpretationen zur regional- und branchenspezifischen Ausbreitung der Gewerkschaften für weitere Untersuchungen über die für die Organisationsbereitschaft verhaltensrelevanten Faktoren. Die Wirkung von Arbeitskämpfen analysiert Friedhelm Boll vor dem Hintergrund der Streikforschung und kann im Zusammenhang mit der wellenhaften Entwicklung von Streiks und deren Grundmustern die These vom stetigen Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung relativieren, wobei auch Disparitäten zwischen Arbeitskampf-, Wahl- und Organisationsentwicklung sichtbar werden. Boll kommt zu dem Ergebnis, daß – wie Karl Kautsky schon 1909 meinte (S. 382) – die Freien Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg »an eine klar erkennbare Entwicklungsgrenze gestoßen waren« (S. 413). »Aussperrungspraxis und sogar Tarifvertragswesen waren zu Fesseln geworden, die erst mittels einer erneuten Kampfzeit aufgebrochen werden konnten« (S. 413). Abschließend widmet sich Marina Cattaruzza in einer die Schiffbauregionen vergleichenden Studie den Organisationsprozessen der Werftarbeiter. Regional differenziert wird die Herausbildung industriegewerkschaftlicher Vorgehensweisen der zersplitterten Gruppe der Werftarbeiter untersucht, wobei die Zentralisierung wesentlich durch das einheitliche Vorgehen der Gegenseite beeinflußt wurde.

Leider fehlt der Forschungsbilanz eine integrierende Zusammenfassung, die den Eindruck eines diffusen sozialdemokratischen Kulturmilieus (Cattaruzza, S. 417) relativieren könnte. Obwohl Ritter es für verfehlt hält, die »Klassenbeziehungen im Deutschen Kaiserreich auf einen Nenner bringen zu wollen« und »gegenläufige Prozesse« einer schärferen Polarisierung und einer Abschleifung sozialer Gegensätze konstatiert (S. XIX f.), hätte Ritters hervorragender Vortrag »Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive« vom Mai 1988 (Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge, 22; HZ 249, 1989), in den auch Ergebnisse des Kolloquiums eingingen, diesen wichtigen Band gut abrunden können.

Der Überblick über die regionalen Entwicklungsmuster der Sozialdemokratie provoziert die Frage, was diese Bewegung eigentlich zusammenhielt. Neben der erzwungenen Außen-seiterrolle dürfte dem durch die Wahlerfolge beflügelten vulgärmarxistischen Glauben an den notwendigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus wesentliche Bedeutung zukommen. Inwieweit Teile der Anhängerschaft in der Sozialdemokratie – weniger ideologisch – überwiegend eine radikale Protestpartei gesehen haben (Rohe) oder aber die SPD als Reformpartei unterstützten (Witt), müßte genauer geklärt werden. Wenn denn die sozialistische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg die

Ausschöpfung ihres Rekrutierungspotentials erreicht hatte, stellt sich weiter die Frage nach den Perspektiven ihrer Politik. Während Ritter selbst vorsichtig mit Prognosen ist (S. XX), wird der Sozialdemokratie von mehreren Autoren eine Öffnung gegenüber anderen sozialen Gruppen anempfohlen. Unter Berücksichtigung längerfristiger Trends wie dem Bedeutungsverlust konfessionellen Wählens, der nachlassenden Bindungskraft überkommener Vorstellungswelten und der Durchdringung aller Lebensbereiche und Regionen durch die Industrialisierung und schließlich der Erfolge der Arbeiterbewegung in einer relativ kurzen Zeitspanne erscheint es fraglich, ob der Weg zu einer Reformpartei der einzig erfolgversprechende gewesen wäre. Darüber hinaus war der Weg zu einer sozialreformistischen Volkspartei weitgehend versperrt, weil die den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat tragenden Kräfte weder willens noch fähig zu innerer Reform waren. Der Obrigkeitsstaat insgesamt, deren immanenter Bestandteil die Arbeiterbewegung war, steckte in der Krise und überstand ja auch die selbst provozierte Herausforderung des Weltkrieges nicht. Die in der Diskussion über die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung erhobene Forderung nach einer vergleichbaren Analyse der übrigen »politischen Lager« dürfte hier interessante Ergebnisse zeitigen.

Stefan Goch, Gelsenkirchen

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenbourg Verlag, München 1990, 182 S., geb., 48 DM.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker des 20. Jahrhunderts mobilisiert ein immerhin sechs Jahre als Staatsoberhaupt amtierender Friedrich Ebert auch Generationen nach seinem Tod noch kontroverse Meinungen, und dies nicht allein entlang parteipolitischer Lager und historischer »Schulen«. Wie Peter-Christian Witt einleitend in einem Literaturbericht und Problemaufriß dokumentiert, wurde ein spezifisches Bild Eberts als ein frühere Parteihorizonte überschreitender »Staatsmann«, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vor dem »Reichszerfall« und der »bolschewistischen Gefahr« gerettet habe, in der Bundesrepublik zunächst von konservativen und rechtsliberalen Autoren geprägt. In bloßer Umwertung gleichermaßen ungeprüfter Klischees erfolgte dann in einem breiten »linken« Spektrum seine Abstempelung als »Verräter« an einstigen gemeinsamen Zielen der Arbeiterbewegung oder zumindest als Symbolfigur des Versagens vor der Aufgabe einer demokratischen Neuordnung im Übergang zur Weimarer Republik. Das beklagte Defizit, daß eine »sein ganzes Leben umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über ihn bis zum heutigen Tage nicht entstanden« ist (S. 13), dürfte deshalb nicht nur in der unzulänglichen Quellenlage angesichts fehlender Nachlaß-Überlieferung begründet liegen, sondern spiegelt auch die Probleme eines historisch fundierten Urteils jenseits zeitbedingter und standpunktgebundener Blickperspektiven.

Vor solchem Hintergrund ist es ein Vorzug dieses – aus einem Symposium anläßlich des 70. Jahrestags der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten hervorgegangenen – Bandes, daß unterschiedliche Positionen markiert und zugleich einige Konturen einer konsensfähigen Zwischenbilanz skizziert werden. Mit Witt wird man es Ebert positiv anrechnen dürfen, daß er »die verfassungsrechtlich sehr starke Stellung des Reichspräsidenten gerade nicht als Instrumentarium zur Durchsetzung eines präsidentiellen Systems, sondern zur Absicherung des verfassungsrechtlich intendierten parlamentarischen Regierungssystems« einsetzte (S. 31). Diesen Eindruck bestätigen die aus Pressematerial gewonnenen Befunde des Beitrags von Klaus Megerle (S. 131–145), der die Bemühungen Eberts um eine integrie-

Ausschöpfung ihres Rekrutierungspotentials erreicht hatte, stellt sich weiter die Frage nach den Perspektiven ihrer Politik. Während Ritter selbst vorsichtig mit Prognosen ist (S. XX), wird der Sozialdemokratie von mehreren Autoren eine Öffnung gegenüber anderen sozialen Gruppen anempfohlen. Unter Berücksichtigung längerfristiger Trends wie dem Bedeutungsverlust konfessionellen Wählens, der nachlassenden Bindungskraft überkommener Vorstellungswelten und der Durchdringung aller Lebensbereiche und Regionen durch die Industrialisierung und schließlich der Erfolge der Arbeiterbewegung in einer relativ kurzen Zeitspanne erscheint es fraglich, ob der Weg zu einer Reformpartei der einzig erfolgversprechende gewesen wäre. Darüber hinaus war der Weg zu einer sozialreformistischen Volkspartei weitgehend versperrt, weil die den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat tragenden Kräfte weder willens noch fähig zu innerer Reform waren. Der Obrigkeitsstaat insgesamt, deren immanenter Bestandteil die Arbeiterbewegung war, steckte in der Krise und überstand ja auch die selbst provozierte Herausforderung des Weltkrieges nicht. Die in der Diskussion über die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung erhobene Forderung nach einer vergleichbaren Analyse der übrigen »politischen Lager« dürfte hier interessante Ergebnisse zeitigen.

Stefan Goch, Gelsenkirchen

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenbourg Verlag, München 1990, 182 S., geb., 48 DM.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker des 20. Jahrhunderts mobilisiert ein immerhin sechs Jahre als Staatsoberhaupt amtierender Friedrich Ebert auch Generationen nach seinem Tod noch kontroverse Meinungen, und dies nicht allein entlang parteipolitischer Lager und historischer »Schulen«. Wie Peter-Christian Witt einleitend in einem Literaturbericht und Problemaufriß dokumentiert, wurde ein spezifisches Bild Eberts als ein frühere Parteihorizonte überschreitender »Staatsmann«, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vor dem »Reichszerfall« und der »bolschewistischen Gefahr« gerettet habe, in der Bundesrepublik zunächst von konservativen und rechtsliberalen Autoren geprägt. In bloßer Umwertung gleichermaßen ungeprüfter Klischees erfolgte dann in einem breiten »linken« Spektrum seine Abstempelung als »Verräter« an einstigen gemeinsamen Zielen der Arbeiterbewegung oder zumindest als Symbolfigur des Versagens vor der Aufgabe einer demokratischen Neuordnung im Übergang zur Weimarer Republik. Das beklagte Defizit, daß eine »sein ganzes Leben umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über ihn bis zum heutigen Tage nicht entstanden« ist (S. 13), dürfte deshalb nicht nur in der unzulänglichen Quellenlage angesichts fehlender Nachlaß-Überlieferung begründet liegen, sondern spiegelt auch die Probleme eines historisch fundierten Urteils jenseits zeitbedingter und standpunktgebundener Blickperspektiven.

Vor solchem Hintergrund ist es ein Vorzug dieses – aus einem Symposium anläßlich des 70. Jahrestags der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten hervorgegangenen – Bandes, daß unterschiedliche Positionen markiert und zugleich einige Konturen einer konsensfähigen Zwischenbilanz skizziert werden. Mit Witt wird man es Ebert positiv anrechnen dürfen, daß er »die verfassungsrechtlich sehr starke Stellung des Reichspräsidenten gerade nicht als Instrumentarium zur Durchsetzung eines präsidentiellen Systems, sondern zur Absicherung des verfassungsrechtlich intendierten parlamentarischen Regierungssystems« einsetzte (S. 31). Diesen Eindruck bestätigen die aus Pressematerial gewonnenen Befunde des Beitrags von Klaus Megerle (S. 131–145), der die Bemühungen Eberts um eine integrie-

rende Rolle gegenüber den im Parlamentsdenken des Vorkriegskonstitutionalismus befangenen Verfassungsparteien herausarbeitet. Der vermeintlich »sparsame Einsatz des Artikels 48 der Reichsverfassung« (S. 31) freilich, den Witt in seiner äußerst wohlwollenden Skizze dem Reichspräsidenten bescheinigt, betraf immerhin »bis zum Jahre 1925 insgesamt 135 Verordnungen« (S. 153), wie der Leser im Beitrag von Gotthard Jasper erfährt. Für letzteren wird jedoch die durchaus gesehene Problematik solcher Notverordnungspraxis, die seit 1930 verhängnisvoll eskalierte, durch den bei Ebert anders als unter Hindenburg gewährleisteten »Willen zur Verfassung« abgefedert, ohne den selbst die »noch so ausgeklügelten institutionellen Regeln« versagen (S. 157).

Erheblichen methodischen Bedenken müssen jedoch die Bemühungen Witts begegnen, aus der Retrospektive eine »Konzeption Eberts« hervorheben zu wollen, die »eine pluralistische Gesellschaftsordnung« beinhaltete und damit »zukunftsweisend – in diesem Sinne auch politische Phantasie zeigend – war« (S. 29 f.). Bei Eckhard Jesse wird gar die apologetische Stilisierung Eberts zum »demokratischen Doktrinär« als »Friedrich Stampfers treffendes Wort« (S. 108) nachempfunden, obschon dem Autor beizupflichten ist, daß außer »verpaßten Chancen« auch einer »abgewendeten Katastrophe« (S. 108) die gebührende Aufmerksamkeit gelten kann. Nicht zufällig finden sich für die anders akzentuierte Interpretation von Reinhard Rürup in dessen Beitrag weitaus mehr Quellen- und Literaturbelege, auf deren Basis er die Bewährung vor der »Doppelaufgabe« (S. 77) der Chaosvermeidung und Neuordnung nach 1918 bilanziert: »Friedrich Ebert war kein Mann des großen Wortes, kein Politiker der weitausgreifenden Konzeptionen, er war ein Praktiker und ein Mann der Organisation. Unordnung war ihm offensichtlich ein Greuel, und Berechenbarkeit schien ihm ein großer Vorzug.« (S. 85) Abgesehen von einer in der sozialdemokratischen Tradition verankerten quasi-naturrechtlichen Anerkennung des Mehrheitsprinzips der Stimmzettel lassen sich bei kontextangemessenem Verständnis aller überlieferten Äußerungen Eberts in der Tat nur wenige Indizien finden, daß er modernes »demokratisch-pluralistisches« Gedankengut reflektiert vertrat, während ihm rechtsstaatliches Gemeinwohl- und Ordnungsdenken zugleich intuitiv geläufig war. Zum »Heros der sozialdemokratischen Staatspolitiker erhoben, dem leider Teile seiner Partei die Gefolgschaft versagten« (S. 111), findet ein unkritisches und konstruiertes Bild nicht minder pointierten Widerspruch im Resümee von Heinrich Potthoff: »Mit seinem Wechsel ins Präsidentenamt wurde Eberts Führungskraft im politischen Alltagsgeschäft paralysiert, seine Drähte zur Sozialdemokratie und ihrem Milieu beschnitten und Amt und Person schon in den ersten Jahren der Republik in eine Situation manövriert, in der sie als Notfallinstrument für das Parlament erhalten mußten.« (S. 128)

Überdies kann die Betonung der organisationsgebundenen Denk- und Handlungsmaximen Eberts auch seine – in entsprechenden Darstellungen allzu unvermittelt erscheinende – Metamorphose vom »Parteimann« zum »Staatsmann« erklären. Der Beitrag von Dieter K. Buse bestätigt, obgleich er mit Recht die Multifunktionalität der Aufgaben unter Ein-schluß von Agitation und politischen Verhandlungen unterstreicht, insgesamt die Wurzeln von »Eberts Aufstieg« während der Vorkriegsperiode in seinem Organisationstalent: »Energie, Effizienz und Erfahrung waren Eberts Merkmale« (S. 35), außerdem nutzte er die »Anhäufung von Parteiämtern« als eine Technik der Einflußerweiterung: »Auf diesem Gebiet überflügelte Ebert beinahe alle Genossen« (S. 41). Ebenso ist sein Bemühen um eine innerparteiliche »Balance zwischen rechts und links« (S. 58), auf das Susanne Miller als eine Konstante seiner Position bis zur Spaltung im Ersten Weltkrieg verweist, als ein Organisationspatriotismus zu interpretieren, der sich in seinem späteren Amtsbereich auf die staatlichen Institutionen übertrug, sich jedoch damit nicht zu einem originären »Verfassungspatriotismus« transformierte. Im Sinne der abgewogenen Bilanz von Dieter Reben-tisch, demzufolge die Beiträge des Bandes »mehr offene Fragen registrieren als gesicherte Antworten« (S. 161), sollten mit der aus dieser Besprechung resultierenden Arbeitshypo-

these eines Primats der organisationsgebundenen Zweckrationalität vor universalistischer Wertrationalität die spezifischen Qualitäten und Defizite Eberts künftig beiderseits weniger ideologiebefrachtet diskutierbar sein.

Detlef Lehnert, Berlin

Franz Walter, *Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus*. Mit einem Nachwort von Peter Lösche, Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1986, 280 S., geb., 34 DM.

Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. *Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie* (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), K. G. Saur Verlag, München etc. 1990, XVII + 634 S., Ln., 68 DM.

Alfred Hermann, *Die Geschichte der pfälzischen USPD*, Verlag Pfälzische Post, Neustadt/Weinstr. 1989, 415 S., kart., 32,80 DM.

Die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung ist seit den 70er Jahren zunehmend von sozialgeschichtlichen Forschungsansätzen beeinflusst worden. Ein umfassender Paradigmenwechsel indessen hat sich damit keineswegs vollzogen. Dies belegt der ungebrochene Strom theorie- und organisationsgeschichtlicher wie auch biographischer Arbeiten eher konventionellen Zuschnitts. Der Untertitel von Franz Walters Studie über den Weimarer Jungsozialismus signalisiert allerdings, daß der Autor sich darin – im Gegensatz zu früheren Arbeiten¹ – stärker der Frage nach den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Voraussetzungen als nach den praktisch-politischen Konsequenzen theoretischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie zuwenden werde. Um »einen gelungenen Versuch integraler Geschichtsschreibung« jedoch, »bei dem die Geschichte einer Organisation mit Milieu- und Lebenslagenhistorie ihrer Mitglieder sowie Theoriegeschichte mit Hilfe bestimmter analytischer Kategorien systematisch (und eben nicht additiv-eklektisch) verbunden worden ist«, wie sein Mentor Peter Lösche das Werk in einem Nachwort feiert (S. 247), handelt es sich nicht. Darüber vermag auch Walters Versuch nicht hinwegzutäuschen, seinen Ansatz mentalitätsgeschichtlich zu akzentuieren. Vielmehr hat er eine gut lesbare, wenngleich bisweilen allzu prätentios formulierte Geschichte jener theoretischen Auseinandersetzungen geschrieben, welche sich die Mitglieder und Fraktionen einer Organisation geliefert haben, die Zeit ihres Bestehens nur eine verschwindende Minderheit selbst der sozialdemokratischen Jugend erreicht hat. Und als solche ist und bleibt das Buch sicherlich eine lohnende Lektüre. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Walter mangels archivalischer Quellen der Mühsal unterzogen hat, Zeitungen und andere gedruckte Materialien akribisch auszuwerten, und weil es ihm darüber hinaus gelungen ist, immerhin noch ein halbes Hundert Zeitzeugen zu befragen. Im übrigen bleibt fairerweise anzumerken, daß Walter mittlerweile eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat, die dem oben zitierten Anspruch bedeutend näher kommen als seine nun schon ein wenig bejahrte Göttinger Dissertation.²

1 Gerd Storm/Franz Walter, *Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus?* Mit einem Nachwort von Detlef Lehnert, Berlin 1984.

2 So etwa die drei bislang erschienenen Bände der von Peter Lösche herausgegebenen Reihe »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik« (Bonn 1990–1992). Mit Blick auf den Erscheinungstermin der hier angezeigten Studie legt der Rezensent Wert auf den Hinweis, daß ihm der Titel erst vor einiger Zeit zur nachträglichen Anzeige überantwortet worden ist.

these eines Primats der organisationsgebundenen Zweckrationalität vor universalistischer Wertrationalität die spezifischen Qualitäten und Defizite Eberts künftig beiderseits weniger ideologiebefrachtet diskutierbar sein.

Detlef Lehnert, Berlin

Franz Walter, *Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus*. Mit einem Nachwort von Peter Lösche, Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1986, 280 S., geb., 34 DM.

Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. *Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie* (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), K. G. Saur Verlag, München etc. 1990, XVII + 634 S., Ln., 68 DM.

Alfred Hermann, *Die Geschichte der pfälzischen USPD*, Verlag Pfälzische Post, Neustadt/Weinstr. 1989, 415 S., kart., 32,80 DM.

Die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung ist seit den 70er Jahren zunehmend von sozialgeschichtlichen Forschungsansätzen beeinflusst worden. Ein umfassender Paradigmenwechsel indessen hat sich damit keineswegs vollzogen. Dies belegt der ungebrochene Strom theorie- und organisationsgeschichtlicher wie auch biographischer Arbeiten eher konventionellen Zuschnitts. Der Untertitel von Franz Walters Studie über den Weimarer Jungsozialismus signalisiert allerdings, daß der Autor sich darin – im Gegensatz zu früheren Arbeiten¹ – stärker der Frage nach den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Voraussetzungen als nach den praktisch-politischen Konsequenzen theoretischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie zuwenden werde. Um »einen gelungenen Versuch integraler Geschichtsschreibung« jedoch, »bei dem die Geschichte einer Organisation mit Milieu- und Lebenslagenhistorie ihrer Mitglieder sowie Theoriegeschichte mit Hilfe bestimmter analytischer Kategorien systematisch (und eben nicht additiv-eklektisch) verbunden worden ist«, wie sein Mentor Peter Lösche das Werk in einem Nachwort feiert (S. 247), handelt es sich nicht. Darüber vermag auch Walters Versuch nicht hinwegzutäuschen, seinen Ansatz mentalitätsgeschichtlich zu akzentuieren. Vielmehr hat er eine gut lesbare, wenngleich bisweilen allzu prätentios formulierte Geschichte jener theoretischen Auseinandersetzungen geschrieben, welche sich die Mitglieder und Fraktionen einer Organisation geliefert haben, die Zeit ihres Bestehens nur eine verschwindende Minderheit selbst der sozialdemokratischen Jugend erreicht hat. Und als solche ist und bleibt das Buch sicherlich eine lohnende Lektüre. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Walter mangels archivalischer Quellen der Mühsal unterzogen hat, Zeitungen und andere gedruckte Materialien akribisch auszuwerten, und weil es ihm darüber hinaus gelungen ist, immerhin noch ein halbes Hundert Zeitzeugen zu befragen. Im übrigen bleibt fairerweise anzumerken, daß Walter mittlerweile eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat, die dem oben zitierten Anspruch bedeutend näher kommen als seine nun schon ein wenig bejahrte Göttinger Dissertation.²

1 Gerd Storm/Franz Walter, *Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus?* Mit einem Nachwort von Detlef Lehnert, Berlin 1984.

2 So etwa die drei bislang erschienenen Bände der von Peter Lösche herausgegebenen Reihe »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik« (Bonn 1990–1992). Mit Blick auf den Erscheinungstermin der hier angezeigten Studie legt der Rezensent Wert auf den Hinweis, daß ihm der Titel erst vor einiger Zeit zur nachträglichen Anzeige überantwortet worden ist.

Die Frage, ob gerade biographische Studien zu den dringlicheren Desiderata der Arbeiterbewegungsgeschichte gehören, soll hier nicht diskutiert werden. Diethart Hennig jedenfalls beantwortet sie für seinen Teil positiv – unter der Voraussetzung allerdings, daß der Biograph imstande sei, »die Geschichte der politischen Persönlichkeit mit der Geschichte der sozialen Gruppen und der politischen Institutionen, in denen die Persönlichkeit agiert, von denen sie beeinflußt, gesteuert wird und auf die sie Einfluß nehmen will und kann, sinnvoll zu verbinden.« (S. 3) Und im übrigen böten revolutionäre Krisensituationen in ihrer vergleichsweisen Offenheit dem handelnden Individuum größere Handlungsspielräume, als dies in politisch weniger bewegten Zeiten der Fall sei. Hennig konzentriert seine Darstellung denn auch zeitlich auf jene Phase im politischen Wirken von Johannes Hoffmann, welche das Bild des pfälzisch-bayerischen Sozialdemokraten bis heute nachhaltig prägt: Die revolutionären und nachrevolutionären Anfänge der bayerischen Republik, als deren erster Ministerpräsident Hoffmann 1919/20 eine höchst umstrittene Rolle gespielt hat. Zunächst jedoch lenkt er den Blick auf die Jugend und die frühen Jahre des einstmaligen Volksschullehrers. Inwieweit war dessen persönlicher Werdegang typisch für jene Generation sozialdemokratischer Politiker des späten Kaiserreichs, die sich 1918/19 der revolutionären Herausforderung gegenüberstehen? Lagen ihre und seine (Fehl-)Entscheidungen womöglich in ihrer Biographie begründet?

Herkunft und beruflicher Werdegang Hoffmanns zumindest prädestinierten ihn nicht zum Exponenten der politischen Arbeiterbewegung. Geboren 1867 im klein(st)bäuerlich-proletaroiden, protestantisch-liberalen Milieu der bayerischen Südpfalz, absolvierte der früh gescheiterte Oberschüler die rigide, stark kirchlich beeinflusste Ausbildung zum Volksschullehrer. Das anvisierte Universitätsstudium blieb ihm verwehrt; ebenso – nach dem mit bitterer Enttäuschung quittierten Verdikt der Musterungsbehörde – ein weiteres Attribut des wilhelminischen Bürgertums: der begehrte Status des Reserveoffiziers. Antiaristokratismus, Antiklerikalismus und latenter Antimilitarismus waren die Hinterlassenschaften dieser frühen Lebensperioden. Hinzu kam einerseits ein ausgeprägter Hang zur asketisch-autoritären Lebensführung – durch das Elend der Kindheitsjahre und die kärglichen Lehrerbezüge erzwungen, doch wohl zusehends bis zur tyrannisch-skurilen Attitüde verinnerlicht – und andererseits ein ausgeprägter Aufstiegsdrang. Den letzteren vermochte das Dasein des Volksschullehrers offenbar von Beginn an nicht zu befriedigen. Jedenfalls begann sich Hoffmann, nunmehr in der nationalliberal geprägten Provinzmetropole Kaiserslautern angestellt, neben seiner Mitarbeit im Lehrerverband schon frühzeitig politisch zu engagieren. Zunächst nationalliberal orientiert, wandte er sich bald den Demokraten zu. 1899 rückte er über deren Liste in den Stadtrat ein, wo er rasch in Kontakt mit reformorientierten Vertretern der SPD kam. Dies und die berufsbedingte, durch eigene Kindheitseindrücke unterlegte Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Not entfremdeten ihn binnen weniger Jahre auch dem Linksliberalismus.

1905 begann Hoffmanns ehrenamtliche Mitarbeit im örtlichen Arbeitersekretariat der Gewerkschaften, und bereits im folgenden Jahr erschienen – unter Pseudonym – seine ersten Artikel im regionalen SPD-Organ, der »Pfälzer Post«. Diese Aktivitäten waren, wie Hennig überzeugend darlegt, Ausdruck einer sozialistischen Umorientierung, die – idealistisch-ethisch fundiert – von Beginn an auf eine Praxis der kleinen Schritte ausgerichtet war. Ebenso waren sie aber Teil der Anstrengungen Hoffmanns, der Enge und Perspektivlosigkeit seiner beruflichen Existenz zu entrinnen. Seit längerem schon hatte er die schmerzlich empfundenen Unzulänglichkeiten seiner Lehrerausbildung durch autodidaktische Studien zu kompensieren versucht, und 1903/1904 schließlich ließ er sich gar ohne Bezüge beurlauben, um an der Frankfurter »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften« Kurse zu belegen. Diese mühsam erworbenen Zusatzqualifikationen verschafften ihm eine nebenamtliche Tätigkeit an der städtischen Fortbildungsschule, doch viel höher hinaus konnte dieser Weg nicht führen. Auch unter diesem Aspekt war es folgerichtig,

daß der durch Herkunft und herrschende Verhältnisse in seinem Aufstiegsstreben gehemmte Volksschullehrer nun im alternativen Milieu der Arbeiterbewegung nach Selbstbestätigung zu suchen begann.

Hoffmanns Weg zur Sozialdemokratie bestätigt mithin eine Erkenntnis, die auch Wolfgang Wetters Noske-Biographie (1987) vermittelt: Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft des Kaiserreichs stellte die Sozialdemokratie einen der wenigen Aufstiegskanäle für ambitionierte Persönlichkeiten kleinbürgerlicher Provenienz dar, die ihre politische Heimat unter weniger restriktiven Bedingungen wahrscheinlich weiter rechts im Parteienspektrum gefunden hätten. Deren frühere Sozialisationserfahrungen indessen prägten ihr Denken und Handeln nach wie vor – und zwar besonders auch dann, wenn sie in Krisensituationen fest internalisierte Wertorientierungen wie »Ordnung« oder »Nation« durch Teile der Arbeiterschaft radikal in Frage gestellt sahen.

Nach seinem Einzug in den bayerischen Landtag 1908 profilierte sich Hoffmann alsbald als Verfechter des süddeutschen Reformismus. Schwerpunkte seines parlamentarischen Engagements waren bezeichnenderweise die soziale Öffnung des Bildungswesens und die Belange der kleinbäuerlichen Schichten. In diesem Kurs sah er sich 1912 durch seinen Wahlsieg in einem linksliberal-kleinbäuerlich geprägten Reichstagswahlkreis der Pfalz bestätigt. Innerhalb der Reichstagsfraktion war Hoffmann dann einer der ersten, welche die kaiserliche Regierung während der Juli-Krise 1914 ihrer nationalen Loyalität versicherten; andererseits ließ der ihm eigene Rigorismus ihn später auch nicht mit Kritik an der deutschen Kriegszielpolitik sparen, und seit dem Sommer 1917 verweigerte er den Kreditvorlagen der Regierung offen seine Zustimmung. Der USPD schloß er sich gleichwohl nicht an. Persönliches Sicherheitsstreben und tiefsitzende Disziplinvorstellungen, so interpretiert Hennig diese Zurückhaltung, ließen Hoffmann an der Einheit seiner Partei festhalten, die er nicht zuletzt als antirevolutionären Faktor begriff.

Anders als in der Reichstagsfraktion gewann Hoffmann gegen Ende des Krieges steigenden Einfluß innerhalb der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag; auch auf Seiten der bürgerlichen Parteien genoß er als prononcierter Vertreter einer Politik der Revolutionsvermeidung wachsendes Ansehen; und zugleich setzte er sich dafür ein, nicht sämtliche Brücken zur radikalen Linken abzureißen. So war es kein Zufall, daß ausgerechnet er im März 1919 als Kompromißkandidat von Mehrheitssozialdemokraten und Bürgerlichen zum Ministerpräsidenten gekürt wurde, um die revolutionäre Situation zu entschärfen. Gestützt auf den erstmals zugänglichen Nachlaß, zeichnet Hennig in allen Details die Versuche Hoffmanns nach, im Zeichen des faktischen Ausnahmezustands einen linksradikalen Coup zu verhindern und die parlamentarischen Institutionen zu stabilisieren. Bei aller Anerkennung der Zielsetzungen und der persönlichen Lauterkeit Hoffmanns spart er dabei nicht mit Kritik an dem polarisierenden Kurs, den der sozialdemokratische Regierungschef nun einschlug. Die fatale Ereigniskette Räterepublik – Gegenrevolution – Machtübernahme rechtskonservativer Kräfte im Gefolge des Kapp-Lüttwitz-Putsches führt er nicht allein, aber doch auch auf die Unfähigkeit Hoffmanns zurück, die gemäßigte Linke durch Zugeständnisse in ihr wichtigen Fragen (z. B. Status der Räte, Sozialisierung) zu integrieren und für seine Politik in der Öffentlichkeit offensiv einzutreten. Statt dessen steuerte er starr einen etatistisch-gouvernementalen Kurs, der letzten Endes Wasser auf die Mühlen jener konservativ-reaktionären Kräfte leitete, denen er im Herbst 1923 mit einem taktisch völlig mißlungenen Abtrennungscoup zumindest »seine« Pfalz vergeblich wieder zu entreißen trachtete.

Hennigs faktenreiche, streckenweise allzu breit angelegte und nicht immer stilsichere Analyse der Jahre 1919/20 und 1923 nährt die überlieferten Zweifel an den praktisch-politischen Fähigkeiten des Johannes Hoffmann. Andererseits wird aber auch deutlich, daß jene linksintellektuellen Zeitgenossen und späteren Interpreten der bayerischen Revolutionsmonate, die ihn in eine Reihe mit Noske gestellt haben, der Persönlichkeit und dem

Handeln dieses Pfälzer Rigoristen keineswegs gerecht geworden sind. Die grundsätzliche Skepsis des Rezensenten gegenüber dem (einzel-)biographischen Zugang zur modernen Arbeiterbewegungsgeschichte ist durch die Lektüre gleichwohl nicht ausgeräumt worden. So zeichnet Hennig manchen Ereignisablauf nochmals in extenso nach, der durch die bisherige Literatur bereits hinreichend erhellt ist. Und ausgerechnet bei der Analyse einer historischen Phase, die bekanntermaßen stark durch sogenannte »Massenbewegungen« geprägt worden ist, werden kaum einmal sozialgeschichtliche Bezüge hergestellt: Warum liefen welche Teile ihrer sozialen »Basis« den Mehrheitssozialdemokraten während des Krieges und der Revolution davon, wie nahm Hoffmann diesen Prozeß wahr, und welche praktischen Konsequenzen zog er daraus? Solche Fragen erörtert Hennig nicht in hinreichendem Maße, obwohl sie doch von entscheidender Bedeutung für seine Ausgangsthesen wären. Dessenungeachtet – mit seiner eindrucksvollen Forschungsleistung leistet Hennig einen wichtigen Beitrag zur »Historisierung« der nach wie vor umstrittenen Rolle, welche die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution gespielt hat.

Die Folgen seiner polarisierenden Politik bekam Hoffmann auch in der heimatlichen Pfalz zu spüren. Nach seinem Scheitern in München präsentierte ihn die SPD bei den Kommunalwahlen Mitte 1920 als Oberbürgermeister-Kandidaten in der Industriemetropole Ludwigshafen. Die dortige USPD nahm diese Nominierung als Provokation, und ihr Aufruf zum Wahlboykott verhalf dem bürgerlichen Konkurrenten zum Sieg. Wieder einmal hatte die Spaltung der Arbeiterbewegung wichtiges Terrain gekostet. Alfred Hermann zeichnet deren Geschichte in seiner Mannheimer Dissertation am Beispiel der USPD in der Pfalz nach. Ein Vorhaben, das durch die Quellenlage nicht eben begünstigt worden ist. Archivalische Überlieferungen sind weder für die USPD noch für die SPD der bayerischen Exklave in nennenswertem Umfang vorhanden, und auch in den deutschen Verwaltungsakten ist er nur selten fündig geworden. So stützt sich die Arbeit im wesentlichen auf die Durchsicht der Regionalpresse und anderer gedruckter Materialien sowie auf die Akten der französischen Besatzungsmacht.

Unter der Überschrift »Problemstellung« referiert Hermann eingangs die unterschiedlichen Einschätzungen der USPD in der bisherigen Literatur; er verzichtet allerdings darauf, im Anschluß daran eine eigene Fragestellung zu entwickeln, aus der hervorginge, welchen spezifischen Beitrag seine regionale Fallstudie zum vertieften Verständnis der Rolle jenes flüchtigen Phänomens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und Parteienlandschaft leisten soll und kann. Statt dessen macht er den Leser zunächst mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Eigenheiten seines Untersuchungsfeldes vertraut, um dann Entstehung, Entwicklung und Niedergang der USPD in der Pfalz in fünf Kapiteln chronologisch abzuhandeln. Mit Rücksicht auf die disparate Quellenlage und aus forschungspragmatischen Gründen konzentriert sich Hermann dabei auf die organisatorische Entwicklung; sowohl die kommunalpolitische als auch die betriebliche und gewerkschaftliche Ebene bleiben ausgespart. Insbesondere letzteres stellt ein schwerwiegendes Manko dar, denn wo sonst ließe sich Hermanns Abschlußthese empirisch befriedigend überprüfen, daß die USPD nicht bloß ein temporäres Produkt des Krieges und der Krise des sozialdemokratischen Zentrismus gewesen sei, sondern die originäre Parteibildung einer »neue[n], radikale[n] Arbeitergeneration«, deren Chance, sich »als linke, selbständige Arbeiterpartei« zu etablieren, zuvörderst durch eine externe Intervention – nämlich die ihr von der Komintern zur Unzeit aufgezwungene Anschlußdebatte – zerstört worden sei. (S. 322 f.) Ersatzweise analysiert Hermann fragmentarische Mitgliederlisten und Verzeichnisse der USPD-Kandidaten zu den Kommunalwahlen im April 1920 unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten. Sein Befund deckt sich mit dem, was bislang bereits über die Rekrutierungsbasis der USPD bekannt war: Die Partei wies – auch im Vergleich zur SPD – einen hohen Arbeiteranteil auf. In dieser Gruppe dominierten An- und Ungelernte, doch waren (vor allem unter den Funktionären) auch bestimmte Facharbeiter (vornehm-

lich aus metallverarbeitenden Berufen) stark vertreten, denen die Dequalifikation drohte.

Diese Feststellungen sind schwerlich geeignet, Hermanns These nachhaltig zu stützen, die USPD sei mehr gewesen als eine zeitgebundene Mischung aus Anti-Kriegsbewegung und »proletarischer Protestpartei« (H. A. Winkler) gegen die sozialen Konsequenzen des verlorenen Waffengangs. Und weder der Hinweis auf den von ihm detailliert geschilderten Aufschwung der Parteiorganisation *nach* der Revolution, der auch in der Pfalz offenkundig bereits *vor* der Spaltung seinen Zenit überschritten hatte, noch auf das Vorhandensein einiger fähiger Funktionäre, die später zumeist in der SPD reüssierten, vermag an diesem Urteil Substantielles zu ändern. Zwar bietet die jüngste deutsche Parteiengeschichte ein Beispiel dafür, daß die Metamorphose einer heterogenen Protestbewegung zur dauerhaften Parteiorganisation – mit viel Aufwand an Schmerzen und Zeit – gelingen kann, wenn die Umstände günstig sind. Doch allzu wenig spricht dafür, daß die USPD jemals während ihrer kurzen Geschichte auf dem Weg in diese Richtung gewesen wäre. Zu spezifisch waren die Ursachen ihres Aufstiegs: der Krieg und die durch ihn ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen bis zum Ende der Inflationsperiode; zu einseitig beschränkten sich Programm und erst recht Politik der Parteimehrheit auf die Negation der »nationalen Einheitsfront« während des Krieges und der Separatistenkämpfe, der parlamentarisch-gouvernementalen Koalitionspolitik der MSPD wie des revolutionären Putschismus der Kommunisten, des Sozialpartnerschaftskurses der freigewerkschaftlichen Führung wie des Syndikalismus der Arbeiterunionen. Wenn es ihn denn je gegeben haben sollte, jenen vielbeschworenen »Dritten Weg« zwischen dem sozialdemokratischen Etatismus eines Johannes Hoffmann und der bolschewistischen Revolution à la KPD – die USPD repräsentierte ihn offenkundig nicht³, weder in der Pfalz noch anderswo. *Michael Ruck, Mannheim*

Dagmar Kift, Arbeiterkultur im gesellschaftlichen Konflikt. Die englische Music Hall im 19. Jahrhundert (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 7), Klartext Verlag, Essen 1991, 240 S., kart., 38 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: das kleine, bebilderte, unscheinbar daher kommende Buch über die englische Music Hall ist eine vorzügliche Studie, die Beachtung verdient. Das betrifft Inhalt, Ansatz und Ergebnisse. Zum Inhalt: Nach einer forschungsgeschichtlichen und methodischen Einleitung behandelt Kapitel 2 Geschichte, Programm und Publikum der Music Hall von ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Höhepunkt an seinem Ende. Kapitel 3 rekonstruiert und analysiert die Auseinandersetzungen um diese kommerzielle Unterhaltungsindustrie für die Arbeiterschaft an typischen lokalen Beispielen. In chronologischen Abschnitten untersucht die Autorin die jeweils im Vordergrund stehenden Konfliktfelder: Konkurrenzkämpfe im Freizeitbereich, Alkoholfrage, Programminhalte und Prostitution. Eine einordnende Zusammenfassung schließt den Band ab. Im Unterschied zur älteren, überwiegend anekdotischen Literatur steht in der gesamten Abhandlung die Londoner Szene nicht im Vordergrund, sondern wird die Kultur in den Industriegebieten Lancashires und Yorkshires, wo sich die Music Halls am stärksten entwickelten, schwerpunktmäßig erforscht und in ihrer Andersartigkeit und Eigenart erklärt. Die Provinz erfährt hier gegenüber der Metropole zu Recht eine Aufwertung. Anders

3 Zu dem gleichen Urteil gelangen im übrigen *Storm* und *Walter* (Anm. 1) mit Blick auf die sozialistische Linke der späteren Weimarer Jahre; sie verstehen ihren Versuch insoweit auch »als vorsichtige Rehabilitierung des »rechten Zentrismus« in der Sozialdemokratie. (S. 6)

lich aus metallverarbeitenden Berufen) stark vertreten, denen die Dequalifikation drohte.

Diese Feststellungen sind schwerlich geeignet, Hermanns These nachhaltig zu stützen, die USPD sei mehr gewesen als eine zeitgebundene Mischung aus Anti-Kriegsbewegung und »proletarischer Protestpartei« (H. A. Winkler) gegen die sozialen Konsequenzen des verlorenen Waffengangs. Und weder der Hinweis auf den von ihm detailliert geschilderten Aufschwung der Parteiorganisation *nach* der Revolution, der auch in der Pfalz offenkundig bereits *vor* der Spaltung seinen Zenit überschritten hatte, noch auf das Vorhandensein einiger fähiger Funktionäre, die später zumeist in der SPD reüssierten, vermag an diesem Urteil Substantielles zu ändern. Zwar bietet die jüngste deutsche Parteiengeschichte ein Beispiel dafür, daß die Metamorphose einer heterogenen Protestbewegung zur dauerhaften Parteiorganisation – mit viel Aufwand an Schmerzen und Zeit – gelingen kann, wenn die Umstände günstig sind. Doch allzu wenig spricht dafür, daß die USPD jemals während ihrer kurzen Geschichte auf dem Weg in diese Richtung gewesen wäre. Zu spezifisch waren die Ursachen ihres Aufstiegs: der Krieg und die durch ihn ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen bis zum Ende der Inflationsperiode; zu einseitig beschränkten sich Programm und erst recht Politik der Parteimehrheit auf die Negation der »nationalen Einheitsfront« während des Krieges und der Separatistenkämpfe, der parlamentarisch-gouvernementalen Koalitionspolitik der MSPD wie des revolutionären Putschismus der Kommunisten, des Sozialpartnerschaftskurses der freigewerkschaftlichen Führung wie des Syndikalismus der Arbeiterunionen. Wenn es ihn denn je gegeben haben sollte, jenen vielbeschworenen »Dritten Weg« zwischen dem sozialdemokratischen Etatismus eines Johannes Hoffmann und der bolschewistischen Revolution à la KPD – die USPD repräsentierte ihn offenkundig nicht³, weder in der Pfalz noch anderswo. *Michael Ruck, Mannheim*

Dagmar Kift, Arbeiterkultur im gesellschaftlichen Konflikt. Die englische Music Hall im 19. Jahrhundert (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 7), Klartext Verlag, Essen 1991, 240 S., kart., 38 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: das kleine, bebilderte, unscheinbar daher kommende Buch über die englische Music Hall ist eine vorzügliche Studie, die Beachtung verdient. Das betrifft Inhalt, Ansatz und Ergebnisse. Zum Inhalt: Nach einer forschungsgeschichtlichen und methodischen Einleitung behandelt Kapitel 2 Geschichte, Programm und Publikum der Music Hall von ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Höhepunkt an seinem Ende. Kapitel 3 rekonstruiert und analysiert die Auseinandersetzungen um diese kommerzielle Unterhaltungsindustrie für die Arbeiterschaft an typischen lokalen Beispielen. In chronologischen Abschnitten untersucht die Autorin die jeweils im Vordergrund stehenden Konfliktfelder: Konkurrenzkämpfe im Freizeitbereich, Alkoholfrage, Programminhalte und Prostitution. Eine einordnende Zusammenfassung schließt den Band ab. Im Unterschied zur älteren, überwiegend anekdotischen Literatur steht in der gesamten Abhandlung die Londoner Szene nicht im Vordergrund, sondern wird die Kultur in den Industriegebieten Lancashires und Yorkshires, wo sich die Music Halls am stärksten entwickelten, schwerpunktmäßig erforscht und in ihrer Andersartigkeit und Eigenart erklärt. Die Provinz erfährt hier gegenüber der Metropole zu Recht eine Aufwertung. Anders

3 Zu dem gleichen Urteil gelangen im übrigen *Storm* und *Walter* (Anm. 1) mit Blick auf die sozialistische Linke der späteren Weimarer Jahre; sie verstehen ihren Versuch insoweit auch »als vorsichtige Rehabilitierung des »rechten Zentrismus« in der Sozialdemokratie. (S. 6)

als neuere Untersuchungen, die sich nur mit Einzelaspekten befassen, liefert Kift so eine inhaltlich und zeitlich umfassende Auseinandersetzung.

Zum Ansatz: Arbeiterkultur wird nicht wie lange üblich als Arbeiterbewegungskultur verstanden, sondern als Alltag und Lebensweise der Arbeiter, ohne sie allerdings als autonome Gegenkultur zur bürgerlichen aus ihrem Kontext zu lösen. Untersuchungsgegenstand ist hier ein bisher wenig behandelter, für das Verständnis der Arbeiterkultur in einem weiteren Sinne aber hochinteressanter Bereich: die kommerzielle Unterhaltungsindustrie. An ihr lassen sich einerseits die Einflüsse kultureller Massenprodukte, die von unternehmerischen Interessen bereitgestellt werden, auf den Alltag, und andererseits in umgekehrter Richtung der Einfluß von Tradition und Lebensweise der Arbeiter auf die Unterhaltungsindustrie untersuchen. Methodisch setzt sich Kift ausdrücklich von einer seit den 1970er Jahren vertretenen Perspektive der englischen Sozialgeschichtsschreibung ab, die im 19. Jahrhundert – in Abkehr von der »Whig-Interpretation« – einen Ausbau der Machtstellung der alten Eliten mit Hilfe einer umfassenden Sozialdisziplinierung sehen wollte. Als Leitfragen faßt sie statt dessen in Anlehnung an Gramscis Hegemoniekonzept vier Thesen zusammen, die wechselseitige Beeinflussung und Entwicklung miteinander konkurrierender Kulturen zulassen: 1) Die politische und soziale Elite versuchte durch Reform, Verbot und Reglementierung die sich herausbildende Arbeiterkultur anzupassen und zu bekämpfen, um einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. 2) Dabei bestand zwischen Herrschenden und Beherrschten keineswegs immer eine klare Frontlinie. 3) Zwischen Absicht und Erfolg gab es erhebliche Unterschiede, denn die Adressaten der Bemühungen von oben erwiesen sich nicht als passive Rezipienten, sondern widerstanden, paßten die Reformangebote an oder zogen aus ihnen Gewinn für die eigenständige gesellschaftliche Position und ihre individuelle Existenz. 4) Verhalten änderte sich nicht unbedingt aufgrund von »sozialer Kontrolle«, sondern vielmehr durch Anpassung an veränderte sozioökonomische Lebensbedingungen oder als Ausdruck eigener Bedürfnisse. Unter diesen Gesichtspunkten kann die Autorin eine überzeugende sozialgeschichtliche Untersuchung vorlegen, die zu Erkenntnissen über das komplexe Verhältnis von Arbeiterschaft, Gesellschaft und Staat in der englischen Industriegesellschaft führt.

Zu den Ergebnissen nur kurz, denn die Lektüre lohnt: Das Publikum der Music Hall entstammte seit den Anfängen fast ausschließlich der Arbeiterschaft, bis in den 1890er Jahren alle gesellschaftlichen Schichten vertreten waren. Der untere Mittelstand nahm an dieser Kultur bereits früher teil, wenn auch häufig in getrennten Sitzbereichen. Männer und Frauen, Familien, Nachbarn und Arbeitskollegen genossen das Gesamtprogramm aus Geselligkeit, Essen, Trinken, Unterhaltung und Belehrung. Die Kommunikationszentren gliederten damit kulturelle Defizite der nordenglischen Industriestädte aus. Sie waren aber nicht nur ein »Symbol des Trostes« (Stedman Jones), sondern unterstützten öffentlich die kulturelle Identität ihres Publikums, wobei die dort vorgeführten Inhalte und Verhaltensweisen im Gegensatz zu den Moralvorstellungen des viktorianischen Bürgertums standen. Die Untersuchung der heftigen Auseinandersetzungen um die Music Hall belegt im Sinne des geschilderten Ansatzes, daß die Frontstellung nicht ausschließlich entlang der Klassengrenzen verlief. Ein Teil ergab sich aus Konkurrenzkämpfen mit bestehenden Einrichtungen im Freizeitbereich (Pubs und Theater). In einem anderen Bereich (Alkoholdebatte) kam es zu unterschiedlichsten Bündnissen über Grenzen hinweg. Sehr gut bezieht die Autorin ein, wie die Kommunalverwaltung, die sich trotz der Reformen seit 1835 in einem Zustand der organisatorischen Unübersichtlichkeit befand, Einfluß auf die Konflikte nahm. Die These vom zunehmenden Staatsinterventionismus, zudem mit dem bestimmten Ziel sozialer Kontrolle, weist sie deutlich zugunsten eines ungleichmäßigen Prozesses der Bürokratisierung zurück. Am intolerantesten erwiesen sich die verschiedenen Reformgruppen, die partiell den Klassenaspekt in den Konflikt einbrachten, allerdings ohne staatliche Einrichtungen oder das gesamte Bürgertum uneingeschränkt hinter sich zu bekom-

men. Sie scheiterten letztlich mit ihren Disziplinierungsmaßnahmen an der Resistenz der britischen Arbeiterkultur, zu deren kultureller Identität auch die Music Hall mit der dort entwickelten eigenen »Respektabilität« beitrug. Das zeigt dieser inhaltlich anregende, methodisch wegweisende Band, dem andere Studien zur Unterhaltungs- und Freizeitindustrie folgen mögen.

Johannes Paulmann, London

Herbert Dierker, *Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene* (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 6), Klartext Verlag, Essen 1990, 278 S., kart., 29,80 DM.

Als dritte traditionelle Säule der Arbeiterbewegung, neben der SPD und den freien Gewerkschaften, war auch der Arbeitersport während der Weimarer Republik von den heftigen Auseinandersetzungen der in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltenen Arbeiterparteien betroffen. Doch während sich die Wege der SPD und der KPD bereits am Ende des Kaiserreichs getrennt hatten, blieben sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter und Arbeitersportler trotz vielerlei Spannungen bis 1929 in gemeinsamen Organisationen vereint.

Für den Arbeitersport hat es Herbert Dierker in seiner Dissertation mit dem etwas nebulösen Titel »Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre« übernommen, den über ein Jahrzehnt schwelenden Konflikt zwischen »Reformisten« und »Revolutionären« bis zum endgültigen Auseinanderbrechen der deutschen Arbeitersportbewegung detailliert nachzuzeichnen. Ein Bruch, der, wie Dierker in seiner Ausgangsthese formuliert, aufgrund der generellen Differenzierung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager unvermeidlich war. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen zur deutschen Arbeitersportbewegung konzentriert sich Dierker nicht auf die nationale Ebene, die vor allem durch den »Arbeiter-Turn- und Sportbund« (ATSB) repräsentiert wurde. Er geht vielmehr vom internationalen Organisationsrahmen des Arbeitersports über den nationalen Verband zur lokalen Vereinsebene, am Beispiel Berlin, über. Doch so verdienstvoll vor allem die Einbeziehung der internationalen Sportpolitik ist, so ergeben sich aus der strikten Trennung der drei Untersuchungsebenen methodische Probleme. Zusammenhänge, Parallelen, aber auch Differenzen des Spaltungsprozesses im internationalen, im deutschen und im Berliner Arbeitersport lassen sich nur mit Hilfe vieler Rückverweise und Wiederholungen darstellen. Eine differenziertere chronologische Gliederung, welche die drei Untersuchungsebenen verflochten hätten, wäre sicherlich der Betonung der Interdependenzen, aber auch der Lesbarkeit zugute gekommen.

Die Schuldfrage der Spaltung, lange Zeit Lieblingsthema der DDR-Sporthistoriographie, aber auch mit umgekehrten Vorzeichen von Horst Ueberhorst thematisiert, ist für Dierker irrelevant, da der Arbeitersport nur die längst eingeleitete Differenzierung der Arbeiterbewegung nachvollzog und die Konzeption der politischen Neutralität des Arbeitersports, die Mitte der 1920er Jahre die Konflikte überlagert hatte, sich nicht als tragfähig erwies. Nach der Spaltung bekannten sich beide Lager des Arbeitersports eindeutig zu einer der Arbeiterparteien, was vor allem durch die direkte Beteiligung des »Zentralkomitees für Arbeitersport« an Massenkundgebungen der sozialdemokratischen »Eisernen Front« sowie durch die Aktivitäten der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« an Demonstrationen der KPD deutlich zum Ausdruck kam.

men. Sie scheiterten letztlich mit ihren Disziplinierungsmaßnahmen an der Resistenz der britischen Arbeiterkultur, zu deren kultureller Identität auch die Music Hall mit der dort entwickelten eigenen »Respektabilität« beitrug. Das zeigt dieser inhaltlich anregende, methodisch wegweisende Band, dem andere Studien zur Unterhaltungs- und Freizeitindustrie folgen mögen.

Johannes Paulmann, London

Herbert Dierker, *Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene* (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 6), Klartext Verlag, Essen 1990, 278 S., kart., 29,80 DM.

Als dritte traditionelle Säule der Arbeiterbewegung, neben der SPD und den freien Gewerkschaften, war auch der Arbeitersport während der Weimarer Republik von den heftigen Auseinandersetzungen der in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltenen Arbeiterparteien betroffen. Doch während sich die Wege der SPD und der KPD bereits am Ende des Kaiserreichs getrennt hatten, blieben sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter und Arbeitersportler trotz vielerlei Spannungen bis 1929 in gemeinsamen Organisationen vereint.

Für den Arbeitersport hat es Herbert Dierker in seiner Dissertation mit dem etwas nebulösen Titel »Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre« übernommen, den über ein Jahrzehnt schwelenden Konflikt zwischen »Reformisten« und »Revolutionären« bis zum endgültigen Auseinanderbrechen der deutschen Arbeitersportbewegung detailliert nachzuzeichnen. Ein Bruch, der, wie Dierker in seiner Ausgangsthese formuliert, aufgrund der generellen Differenzierung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager unvermeidlich war. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen zur deutschen Arbeitersportbewegung konzentriert sich Dierker nicht auf die nationale Ebene, die vor allem durch den »Arbeiter-Turn- und Sportbund« (ATSB) repräsentiert wurde. Er geht vielmehr vom internationalen Organisationsrahmen des Arbeitersports über den nationalen Verband zur lokalen Vereinsebene, am Beispiel Berlin, über. Doch so verdienstvoll vor allem die Einbeziehung der internationalen Sportpolitik ist, so ergeben sich aus der strikten Trennung der drei Untersuchungsebenen methodische Probleme. Zusammenhänge, Parallelen, aber auch Differenzen des Spaltungsprozesses im internationalen, im deutschen und im Berliner Arbeitersport lassen sich nur mit Hilfe vieler Rückverweise und Wiederholungen darstellen. Eine differenziertere chronologische Gliederung, welche die drei Untersuchungsebenen verflochten hätten, wäre sicherlich der Betonung der Interdependenzen, aber auch der Lesbarkeit zugute gekommen.

Die Schuldfrage der Spaltung, lange Zeit Lieblingsthema der DDR-Sporthistoriographie, aber auch mit umgekehrten Vorzeichen von Horst Ueberhorst thematisiert, ist für Dierker irrelevant, da der Arbeitersport nur die längst eingeleitete Differenzierung der Arbeiterbewegung nachvollzog und die Konzeption der politischen Neutralität des Arbeitersports, die Mitte der 1920er Jahre die Konflikte überlagert hatte, sich nicht als tragfähig erwies. Nach der Spaltung bekannten sich beide Lager des Arbeitersports eindeutig zu einer der Arbeiterparteien, was vor allem durch die direkte Beteiligung des »Zentralkomitees für Arbeitersport« an Massenkundgebungen der sozialdemokratischen »Eisernen Front« sowie durch die Aktivitäten der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« an Demonstrationen der KPD deutlich zum Ausdruck kam.

Doch trotz dieser offensichtlich starken politischen Polarisierung des Arbeitersports am Ende der Weimarer Republik sind Vorbehalte angebracht, wie weit über die Funktionärs-ebene hinaus der Parteienkonflikt auch die sportlich aktiven Vereinsmitglieder berührte. In seinem letzten Kapitel geht Dierker auf diese Frage ein, indem er die schriftliche Quellenbasis verläßt, die vor allem die Führungsebene der Verbände und Vereine widerspiegelt, und sich mit der Methode der Oral History den einfachen Vereinsmitgliedern zuwendet. Nicht nur, daß diese Vereinsmitglieder in weitaus geringerem Maße parteipolitisch gebunden waren als ihre Führung, nach der Spaltung blieben langjährige Mitglieder sogar häufig »ihrem« Arbeitersportverein trotz divergierender parteipolitischer Affinitäten treu. Das heißt, KPD-Anhänger verließen ebensowenig automatisch die ATSB-Vereine wie SPD-Anhänger die der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit«. Persönliche Freundschaften, gemeinsame sportliche Erfolge und das vertraute soziale Milieu waren häufig stärker als abstrakte Parteipolitik. Wie auch bei der Auseinandersetzung mit der »bürgerlichen« Sportbewegung, dem eigentlichen Hauptkonflikt des Arbeitersports während der vier Jahrzehnte seines Bestehens, deutet manches darauf hin, daß die Funktionäre des Arbeitersports auch bei der Spaltung ihrer Organisationen die politisch-ideologische Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder überschätzten. Schade nur, daß in der vorliegenden Studie dieses Problem zwar erkannt, jedoch im Vergleich zur Darstellung aus der Sicht der Funktionäre nur marginal behandelt wird.

Martin L. Müller, Frankfurt/Main

Willi L. Guttsman, *Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment*, Berg, New York etc. 1990, 332 S., Ln., 27,50 £.

Die hier anzuzeigende Arbeit von Guttsman bietet die kenntnisreichste, detaillierteste und umfangreichste Darstellung zur Geschichte sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterkulturorganisationen und Arbeiterkultur in der Weimarer Republik. Die einschlägige Sekundärliteratur ist vom Verfasser fast vollständig ausgewertet worden, er hat zudem zeitgenössische Publikationen zur Arbeiterkultur sowie ausgewählte publizistische Quellen herangezogen. Der Fortschritt in der Forschung, der im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiet erreicht wurde, ist unverkennbar, gerade im Vergleich zu H. Wunderer, *Arbeitervereine und Arbeiterparteien* (1980), aber auch zu W. van der Will und R. Burns, *Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik* (1982). Im Methodologischen und in der Formulierung von Thesen bleibt die Darstellung ausgewogen, ja fast ohne jene Spannung, die erst durch neugieriges Fragen erzeugt wird. So wird ein gleichsam mittlerer Kulturbegriff benutzt, ohne daß dieser allerdings präziser gefaßt würde: Kultur umfaßt danach sowohl die »feine« ästhetische Kultur der Theater oder die der Dichtung wie jene alltägliche Praxis, die sich in bestimmten Organisationen der Arbeitersportler oder der Jugend entfaltete. Zu Recht wendet Guttsman sich gegen die in der Sekundärliteratur stellenweise rigide vollzogene Trennung von Arbeiterbewegungskultur und Arbeiterkultur, beide – so sein Argument – hängen miteinander zusammen, er revidiert mithin die Revisionisten. Was die Arbeiterorganisationen selbst zusammenhielt, so die treffende Beobachtung des Autors, im Anschluß an Vester und andere formuliert, war die Solidarität.

Der große Vorzug dieser Publikation liegt in der soliden und differenzierten, trotz des farbigen Untersuchungsgegenstandes fast trocken wirkenden und breit ausladenden Darstellung. Der Bogen wird in den elf Kapiteln des Buches gespannt von der Geschichte der Arbeiterkulturbewegung im Wilhelminismus über die Kulturtheorie der Sozialdemokratie und die Darstellung verschiedener Arbeiterkulturorganisationen bis hin zu neuen Lebensstilen, wie sie in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zu entwickeln versucht

Doch trotz dieser offensichtlich starken politischen Polarisierung des Arbeitersports am Ende der Weimarer Republik sind Vorbehalte angebracht, wie weit über die Funktionärs-ebene hinaus der Parteienkonflikt auch die sportlich aktiven Vereinsmitglieder berührte. In seinem letzten Kapitel geht Dierker auf diese Frage ein, indem er die schriftliche Quellenbasis verläßt, die vor allem die Führungsebene der Verbände und Vereine widerspiegelt, und sich mit der Methode der Oral History den einfachen Vereinsmitgliedern zuwendet. Nicht nur, daß diese Vereinsmitglieder in weitaus geringerem Maße parteipolitisch gebunden waren als ihre Führung, nach der Spaltung blieben langjährige Mitglieder sogar häufig »ihrem« Arbeitersportverein trotz divergierender parteipolitischer Affinitäten treu. Das heißt, KPD-Anhänger verließen ebensowenig automatisch die ATSB-Vereine wie SPD-Anhänger die der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit«. Persönliche Freundschaften, gemeinsame sportliche Erfolge und das vertraute soziale Milieu waren häufig stärker als abstrakte Parteipolitik. Wie auch bei der Auseinandersetzung mit der »bürgerlichen« Sportbewegung, dem eigentlichen Hauptkonflikt des Arbeitersports während der vier Jahrzehnte seines Bestehens, deutet manches darauf hin, daß die Funktionäre des Arbeitersports auch bei der Spaltung ihrer Organisationen die politisch-ideologische Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder überschätzten. Schade nur, daß in der vorliegenden Studie dieses Problem zwar erkannt, jedoch im Vergleich zur Darstellung aus der Sicht der Funktionäre nur marginal behandelt wird.

Martin L. Müller, Frankfurt/Main

Willi L. Guttsman, *Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment*, Berg, New York etc. 1990, 332 S., Ln., 27,50 £.

Die hier anzuzeigende Arbeit von Guttsman bietet die kenntnisreichste, detaillierteste und umfangreichste Darstellung zur Geschichte sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterkulturorganisationen und Arbeiterkultur in der Weimarer Republik. Die einschlägige Sekundärliteratur ist vom Verfasser fast vollständig ausgewertet worden, er hat zudem zeitgenössische Publikationen zur Arbeiterkultur sowie ausgewählte publizistische Quellen herangezogen. Der Fortschritt in der Forschung, der im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiet erreicht wurde, ist unverkennbar, gerade im Vergleich zu H. Wunderer, *Arbeitervereine und Arbeiterparteien* (1980), aber auch zu W. van der Will und R. Burns, *Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik* (1982). Im Methodologischen und in der Formulierung von Thesen bleibt die Darstellung ausgewogen, ja fast ohne jene Spannung, die erst durch neugieriges Fragen erzeugt wird. So wird ein gleichsam mittlerer Kulturbegriff benutzt, ohne daß dieser allerdings präziser gefaßt würde: Kultur umfaßt danach sowohl die »feine« ästhetische Kultur der Theater oder die der Dichtung wie jene alltägliche Praxis, die sich in bestimmten Organisationen der Arbeitersportler oder der Jugend entfaltete. Zu Recht wendet Guttsman sich gegen die in der Sekundärliteratur stellenweise rigide vollzogene Trennung von Arbeiterbewegungskultur und Arbeiterkultur, beide – so sein Argument – hängen miteinander zusammen, er revidiert mithin die Revisionisten. Was die Arbeiterorganisationen selbst zusammenhielt, so die treffende Beobachtung des Autors, im Anschluß an Vester und andere formuliert, war die Solidarität.

Der große Vorzug dieser Publikation liegt in der soliden und differenzierten, trotz des farbigen Untersuchungsgegenstandes fast trocken wirkenden und breit ausladenden Darstellung. Der Bogen wird in den elf Kapiteln des Buches gespannt von der Geschichte der Arbeiterkulturbewegung im Wilhelminismus über die Kulturtheorie der Sozialdemokratie und die Darstellung verschiedener Arbeiterkulturorganisationen bis hin zu neuen Lebensstilen, wie sie in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zu entwickeln versucht

worden sind. Das erste Kapitel setzt mit der sozialdemokratischen Kritik an den »Verdummungsanstalten« des Reichs, an Schule und Armee, ein. Wilhelm Liebknechts berühmtes Diktum »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« wird zitiert, wenn auch nicht kritisch in dessen bildungsoptimistischer Naivität reflektiert. Die Darstellung wird bis zu den Anfängen der Weimarer Republik, bis zum Weimarer Bauhaus und zu Erwin Piscators »Proletarischem Theater – Bühne der revolutionären Arbeiter« fortgesetzt. Im zweiten Kapitel werden jene aus der Literatur im wesentlichen bekannten sozialdemokratischen Überlegungen der damaligen Zeit zur Bedeutung der Arbeiterkultur zusammengefaßt. Kommunistische Einstellungen und Theorien zur Arbeiterkultur sowie das sich mit der verändernden Linie der Kommunistischen Internationale ebenfalls wandelnde Verhalten der KPD gegenüber den Arbeiterkulturorganisationen sind dann Gegenstand des dritten Kapitels. In einem gesonderten Kapitel behandelt der Autor dann die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Arbeiterfamilien. Er geht hier insbesondere auf Länge und Intensität des Arbeitstages ein und fragt in diesem Zusammenhang, wieviel Freizeit einem Arbeiter blieb, um in Arbeiterkulturorganisationen mitzuwirken, um aber auch Film und Radio, die neuen Verlockungen der Massenkultur, genießen zu können. Kapitel 5–8 sind der Darstellung verschiedener Organisationen vorbehalten, so den Arbeitersportverbänden, dem Arbeiter-Sängerbund und der Freien Volksbühne.

Diese Organisationsskizzen geben im wesentlichen den Forschungsstand wieder, sie weisen aber nicht durch nachbohrend-neugierige Fragestellungen in die Zukunft, regen nicht das Nachdenken über Forschungsstrategien an. Konkret: Guttsman schildert z. B. das Vereinsleben der Arbeitersänger, die Spannungen zwischen Tendenzlied, Volkslied und Kunstlied, die in der wöchentlichen Chorpraxis sich niederschlugen. Was nicht so recht gelingen will, ist der nächste Analyseschritt, nämlich den Kontext herzustellen, in dem die Arbeitersänger zu interpretieren wären, nämlich den der politischen Kultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der Weimarer Republik. Im Liedergut und in der Chorpraxis der Arbeitersänger reflektierte sich eben nicht nur die Tradition der Arbeiterbewegung selbst, sondern hier zeigten sich autoritäre Verhaltensstrukturen und Einstellungen, die aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts in die damalige Gegenwart hineinragten und die den »proletarischen« wie den »bürgerlichen« Sängern gemeinsam waren. Oder noch schärfer zugespitzt: Die große Popularität, die die schwülstig-pathetische Ballade von »Tord Foleson« unter den Arbeitersängern genoß, läßt sich nicht ohne einen systematischen Rückgriff auf die politische Kultur der Weimarer Republik und die der Arbeiterbewegung mit ihren wilhelminisch-autoritären Vorbelastungen begreifen.

Innovativ in gewissem Sinn ist ein Kapitel, in dem Guttsman auf die visuelle Kunst in der Weimarer Arbeiterkultur eingeht, nämlich auf Malerei, Museumsbesuche durch Arbeitergruppen, Bildhauerei, Architektur und Fotografie. Üblicherweise werden diese Bereiche in den entsprechenden Darstellungen nicht oder ganz am Rande erwähnt, während Guttsman auf ein Desiderat der Forschung aufmerksam macht. In diesem Abschnitt hätte ich mir allerdings gewünscht, daß der Verfasser viel stärker zwischen verschiedenen Arbeiterkulturorganisationen, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, zwischen den verschiedenen Generationen, aber auch zwischen den verschiedenen Regionen des Reichs differenziert hätte. Gleiches gilt im Prinzip für die insgesamt sehr gelungenen Ausführungen zur sozialistischen Festkultur in der Weimarer Republik: Hier könnte man schärfer, als dies der Autor tut, zwischen den verschiedenen Perioden der Weimarer Republik, zwischen Revolutions- und Inflationszeit, Zeit der relativen Stabilisierung und Zeit der Weltwirtschaftskrise unterscheiden – gerade in den bei Festen benutzten Symbolen und im Grad des Verbalradikalismus, der sich in Sprech- oder Singchören oder auch in den Festansprachen ausdrückte.

In einem weiteren Kapitel behandelt Guttsman die Herausforderung der Arbeiterkultur durch die neuen Medien der Massenkommunikation, nämlich des Films und des Radios.

Er geht aber auch auf die Veränderungen ein, die sich bei Zeitschriften und Tageszeitungen andeuteten. Doch auch hier findet eine systematische und kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Interpretationen in der Sekundärliteratur, in diesem Fall vor allem mit dem modernisierungstheoretischen Ansatz, nicht statt.

Die neuen Lebensstile, die im Ansatz in Arbeiterorganisationen der Weimarer Republik nicht zuletzt unter dem Einfluß der bürgerlichen Lebensreformer entwickelt wurden, behandelt der Verfasser in einem abschließenden Kapitel. Er schildert den Ablauf von Jugendweihen, veranstaltet vom Freidenkerverband, und er beschwört den Geist des Weimars der arbeitenden Jugend, der in der Anfangsphase der Republik die Sozialistische Arbeiterjugend bewegt hatte. Ganz unvermittelt steht am Schluß dieses Kapitels, gleichsam als Überleitung zur Konklusion, eine These, die nicht aus der vorhergehenden Darstellung fließt, auch nicht weiter belegt wird, aber dennoch in weiteren Forschungen aufgenommen werden sollte: Je machtvoller die SPD im Verlauf der Weimarer Republik wurde und – so Guttsman – je stärker sie in die alltägliche Politikformulierung und -ausführung involviert war, um so weniger sei sie in der Lage gewesen, jene brüderlichen Bande einer Gemeinschaft zu knüpfen und zu pflegen, wie dies unter den völlig anderen Bedingungen der Zeit der Verfolgung bis 1918 der Fall war. In Weimar sei die Rede vom »Verlust der Utopie« gewesen. Aber während die Partei immer mehr dieser integrierenden Funktion des Utopischen verlustig gegangen sei, so der Autor weiter, hätten die Arbeiterkulturorganisationen immer stärker diese Aufgabe übernommen.

Anregend ist auch eine Spekulation (so der Autor selbst), die im Schlußwort vorgetragen wird und die dann doch indirekt den modernisierungstheoretischen Ansatz zur Interpretation der Arbeiterbewegung aufnimmt: Guttsman fragt nämlich, warum nach 1945 das Netzwerk von Arbeiterkulturorganisationen, das in der Weimarer Republik den Höhepunkt seiner Entfaltung gefunden habe, nicht wieder entstanden ist. Nicht allein der Faschismus, so seine Überlegung, sei hierfür verantwortlich zu machen, sondern auch die Tatsache, daß eine kommerzielle Massenkultur sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern inzwischen weitgehend durchgesetzt hatte. Wenn diese Hypothese zunächst plausibel erscheint, fragt sich dennoch, warum in Österreich die Arbeiterkulturorganisationen der Sozialdemokratie in der Zweiten Republik auch eine zweite Blüte erlebten – waren hier die Massenmedien noch nicht so weit entwickelt wie in Deutschland? Wie immer die empirische Antwort auf diese Fragestellung lauten mag, sie läßt sich wohl nur im internationalen Vergleich geben.

So ausgewogen und deskriptiv das Buch Guttsmans ist, an einem Punkt übernimmt er in seine Darstellung eine These, die sich seit Generationen in der Sekundärliteratur findet, sich dennoch empirisch nicht halten läßt, nämlich die vom ehernen Gesetz der Oligarchie, wie es von Robert Michels bereits vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der damaligen Sozialdemokratie formuliert worden ist. So betont Guttsman die pyramidenförmig-hierarchische Entscheidungsstruktur, das Anwachsen der Bürokratie, die »Verbürgerlichung« der Organisationssekretäre: Sie seien für die Arbeiterkulturorganisationen wie für die SPD selbst typisch gewesen (vgl. S. 7, 73, 153, 287 f.). Doch an keiner Stelle finden sich empirische Belege für diese Interpretation. Dies ist kein Zufall. Nimmt man Michels nämlich beim Wort und überprüft seine Thesen an der Empirie Weimarer Arbeiterkulturorganisationen, dann fallen sie recht bald in sich zusammen. Selbst in der Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik, als die meisten Arbeiterorganisationen den Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung erreichten, die Organisationen selbst sich ausdifferenzierten und komplexer wurden und – in einigen wenigen – durchaus so etwas wie eine Professionalisierung stattfand, bildeten sich keine machtvollen Oligarchien heraus. Im Gegenteil: In den meisten Arbeiterorganisationen waren nur wenige hauptamtliche Mitarbeiter angestellt. Das eigentliche Organisationsleben fand in den lokalen und regionalen Vereinen statt, wurde in seinem Inhalt keineswegs »von oben« her bestimmt. In den größeren Ver-

bänden kontrollierten die ehrenamtlichen Funktionäre die Hauptamtlichen, es gab Fraktionierungen und Dispute, Pluralismus war angesagt, nicht Herrschaft einer Oligarchie.¹

Auch wenn dem Buch von Guttsman der elektrisierende Schwung einer erkenntnisleitenden, systematischen Fragestellung fehlt und es deshalb wenig innovativ wirkt, handelt es sich dennoch um eine solide, kenntnisreiche und breitgefächerte Gesamtdarstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Republik. Es dürfte zu einem Standardwerk werden. *Peter Lösche, Göttingen*

Inge Marßolek (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Bücher-gilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1990, 399 S., Ln., 58 DM.

Stefan Riesenfelder (Hrsg.), Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung, 1890–1918, mit Beiträgen von Ingrid Spörk und Josef Seiter, Leykam Verlag, Graz 1990, 128 S., pb, 38,50 DM.

Der 1. Mai, das »Weltfest der Solidarität«, nach der Meinung vieler schon seit langem auf dem Aussterbeetat, hat sich anlässlich seiner Jahrhundertfeier doch überraschend lebendig gezeigt. Das Jubiläum hat eine Reihe von Veröffentlichungen mit sich gebracht, von kleinen Broschüren bis zu großen Bänden mit vielen Abbildungen.¹ Der Gedenktag war auch Anlaß zu meist lokal ausgerichteten Forschungsunternehmen und Ausstellungsprojekten, die in einer kleinen Publikation aufgelistet und ausführlich beschrieben sind.² Es ist wohl kein Zufall, daß die hier zu besprechenden Veröffentlichungen Aufsatzsammlungen sind. Es ist eines der interessantesten Merkmale der Maifeier, daß in ihr eine Reihe von Phänomenen der Arbeiterbewegung zusammenfließen: vom rein Politisch-Agitorischen über das Kulturelle und Kultische bis zu rein literarischen und bildlichen Ausdrucksformen. Entsprechend finden wir unter den Autoren dieser Bücher nicht nur Historiker, Politologen und Sozialwissenschaftler, sondern auch Volkskundler, Kunsthistoriker und Germanisten. Durch sie wird der 1. Mai von einer breiten Front der Wissenschaften, in beiden Bänden einschließlich der Frauenforschung, beleuchtet und analysiert.

Die Aufsätze von Andermann und Dyck/Krüger untersuchen die Politik und die Gestaltung der Maifeier vom Gesichtspunkt des Konflikts zwischen SPD und KPD. Anderson tut dies im Allgemeinen und Dyck/Krüger für Bremen – mit interessanten Einblicken in die Praxis der kommunistischen Maifeier. Dieser Aufsatz ist übrigens der einzige, der sich mit

1 Ich beziehe mich hier auf Erkenntnisse aus einem von mir geleiteten Forschungsprojekt zu Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik. Einige Ergebnisse sind bereits veröffentlicht in: *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15, 1989, S. 511–536; *dies.*, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29, 1989, S. 75–136; *Franz Walter*, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik; *Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin*, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände; *Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter*, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik. Jeweils im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin hrsg. und eingeleitet von *Peter Lösche*, Bonn 1990, 1991, 1992.

1 Vgl. etwa den im Auftrag der italienischen Gewerkschaftsvereinigungen von der Fondazione Giacomo Brodolino herausgegebenen und von *Andrea Pannacione* redigierten Band »The Memory of May Day«, Venedig 1989.

2 Vgl. Verein zum Studium sozialer Bewegungen, 100 Jahre 1. Mai, Berlin 1989, S. 118–156.

bänden kontrollierten die ehrenamtlichen Funktionäre die Hauptamtlichen, es gab Fraktionierungen und Dispute, Pluralismus war angesagt, nicht Herrschaft einer Oligarchie.¹

Auch wenn dem Buch von Guttsman der elektrisierende Schwung einer erkenntnisleitenden, systematischen Fragestellung fehlt und es deshalb wenig innovativ wirkt, handelt es sich dennoch um eine solide, kenntnisreiche und breitgefächerte Gesamtdarstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Republik. Es dürfte zu einem Standardwerk werden. *Peter Lösche, Göttingen*

Inge Marßolek (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Bücher-gilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1990, 399 S., Ln., 58 DM.

Stefan Riesenfelder (Hrsg.), Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung, 1890–1918, mit Beiträgen von Ingrid Spörk und Josef Seiter, Leykam Verlag, Graz 1990, 128 S., pb, 38,50 DM.

Der 1. Mai, das »Weltfest der Solidarität«, nach der Meinung vieler schon seit langem auf dem Aussterbeetat, hat sich anlässlich seiner Jahrhundertfeier doch überraschend lebendig gezeigt. Das Jubiläum hat eine Reihe von Veröffentlichungen mit sich gebracht, von kleinen Broschüren bis zu großen Bänden mit vielen Abbildungen.¹ Der Gedenktag war auch Anlaß zu meist lokal ausgerichteten Forschungsunternehmen und Ausstellungsprojekten, die in einer kleinen Publikation aufgelistet und ausführlich beschrieben sind.² Es ist wohl kein Zufall, daß die hier zu besprechenden Veröffentlichungen Aufsatzsammlungen sind. Es ist eines der interessantesten Merkmale der Maifeier, daß in ihr eine Reihe von Phänomenen der Arbeiterbewegung zusammenfließen: vom rein Politisch-Agitorischen über das Kulturelle und Kultische bis zu rein literarischen und bildlichen Ausdrucksformen. Entsprechend finden wir unter den Autoren dieser Bücher nicht nur Historiker, Politologen und Sozialwissenschaftler, sondern auch Volkskundler, Kunsthistoriker und Germanisten. Durch sie wird der 1. Mai von einer breiten Front der Wissenschaften, in beiden Bänden einschließlich der Frauenforschung, beleuchtet und analysiert.

Die Aufsätze von Andermann und Dyck/Krüger untersuchen die Politik und die Gestaltung der Maifeier vom Gesichtspunkt des Konflikts zwischen SPD und KPD. Anderson tut dies im Allgemeinen und Dyck/Krüger für Bremen – mit interessanten Einblicken in die Praxis der kommunistischen Maifeier. Dieser Aufsatz ist übrigens der einzige, der sich mit

1 Ich beziehe mich hier auf Erkenntnisse aus einem von mir geleiteten Forschungsprojekt zu Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik. Einige Ergebnisse sind bereits veröffentlicht in: *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15, 1989, S. 511–536; *dies.*, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29, 1989, S. 75–136; *Franz Walter*, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik; *Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin*, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände; *Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter*, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik. Jeweils im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin hrsg. und eingeleitet von *Peter Lösche*, Bonn 1990, 1991, 1992.

1 Vgl. etwa den im Auftrag der italienischen Gewerkschaftsvereinigungen von der Fondazione Giacomo Brodolino herausgegebenen und von *Andrea Pannacione* redigierten Band »The Memory of May Day«, Venedig 1989.

2 Vgl. Verein zum Studium sozialer Bewegungen, 100 Jahre 1. Mai, Berlin 1989, S. 118–156.

der Zeit nach 1945 befaßt – von einer Studie über die Maifeier ausländischer Arbeiter abgesehen.

Eine konkret gefaßte Studie der Maifeier ist paradoxerweise Rucks Untersuchung über den ersten Mai nach 1933 und den Versuch der Nazis, die Arbeiter durch die Adaption sozialistischer Rhetorik und Symbolik für das neue Regime zu gewinnen. Das gilt besonders für 1933, als der 1. Mai als »Tag der nationalen Arbeit« veranstaltet wurde, während 1934 die Symbolik der Feier sich schon von einer pseudo-sozialistischen zu einer nationalistischen, am Brauchtum hängenden gewandelt hatte. Gottfried Korff notierte dieselbe Entwicklung in seiner Analyse der Maifeier-Symbolik. Allerdings verliert der Wandel an Bedeutung, wenn man, Ruck folgend, bedenkt, daß in den späteren Jahren die Massenfeier als solche an Bedeutung verlor und durch Feiern in den Betrieben ersetzt wurde.

Das Wesentliche, Neue und Originelle dieser Bücher ist allerdings das analytische und interpretierende Element. Das gilt insbesondere für die Diskussion der Freiheitsbilder, der Illustrationen aus den österreichischen Maifestschriften, von denen 50 abgebildet sind. Auf ihnen basieren die Analysen in dem von Riesenfelder herausgegebenen Band. So zeigt Josef Seiter das weitverbreitete allegorische Element, besonders in der Personifikation der Freiheitsgöttin, wie auch die realistischere, auf Arbeit und Arbeitgeber bezogene Symbolik auf, die die allegorischen Themen allmählich ersetzte. Diesen Trend kann man auch in Deutschland beobachten. Inge Marboleks Beitrag zu dem von ihr herausgegebenen, schön gestalteten und bebilderten Band kommt zu ähnlichen Schlüssen, ist aber vom ikonographischen Standpunkt aus nicht so ergiebig wie die österreichischen Beiträge.

Interessante Beispiele dafür, wie durch die Analyse von Texten oder Bildern der Mai-Zeitungen Fragen über die Ideologie der Arbeiterbewegung gestellt werden können, finden wir in den zwei Aufsätzen, die sich mit Aspekten der Frauenfrage in der Arbeiterbewegung befassen. Beate Leopold findet in den zahlreichen Artikeln über Probleme der Frauen in den Mai-Zeitungen eine Bestätigung für die einseitige Haltung der SPD zur Frauenarbeit und zur Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft. Ingrid Spörk zeigt, wie die verschiedenen Rollenbilder der Frau im Arbeitermilieu in den Mai-Zeitungen zum Ausdruck kamen. Als halbnackte Freiheitsgöttin ist die Frau positiv erotisch. Mit Kindern und mit den Zügen harter Arbeit, immer hinter dem Manne stehend, ist sie ein Beispiel der ihr aufgezwungenen Doppelrolle als Mutter und arbeitende Frau. In einer Zeichnung von 1921 ist sie mondän gekleidet, von allen sozialen Bindungen losgelöst, ein reiner Gegenstand männlicher Bewunderung. In allen Rollen ist sie dem Mann nicht gleichberechtigt.

Noch weiter ausgreifend ist Gottfried Korffs einleitender Beitrag zu »100 Jahre Zukunft«, der neuesten einer Reihe von Untersuchungen Korffs über die Symbolik des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Deutschland. Als Volkskundler spürt er ältere Ursprünge der Mai-Tradition auf und fragt, inwieweit die Maifeier »ein Feiertag aus eigenem Recht oder ein sozialistisch okkupiertes Derivat älterer Bräuche ist.« Ein anderer von Korff beleuchteter Gegensatz ist der zwischen dem utopischen Inhalt der Mai-Botschaft als »Weltfeiertag des Proletariats«, den J. H. Steinberg in seinem Beitrag sympathisch erklärt, und den härteren Formen des »Kampfmai«, wie er in der Weimarer Zeit besonders von den Kommunisten praktiziert wurde.

Die Beantwortung solcher Fragen und Hypothesen, wie sie Korff scharf formuliert hat, kann allerdings nicht allein vom Studium der Symbolik und der Texte kommen. Sie würde Mikro-Studien lokaler Maifeiern verlangen, für welche die hier besprochenen Bücher nur einen Anfang bilden könnten.

Willi L. Guttsman, Norwich

Mick Reed/Roger Wells (Hrsg.), *Class, Conflict and Protest in the English Countryside*, Frank Cass, London 1990, hbd., 236 S., 19,50 £.

Six scholars have collaborated to produce a collection of essays on the structure of rural society in England between 1700 and 1880 and on the different ways in which farm labourers and village craftsmen protested against the harsh conditions under which they lived, particularly in times of agricultural depression. Seven of the ten essays have already appeared in *The Journal of Peasant Studies*. The contributors are quarrelsome colleagues. They appear to agree on fundamental issues but to quarrel over relatively minor matters.

The authors criticise the traditional division of English rural society into three classes – landlords, tenant farmers and agricultural labourers. They claim that historians have failed to appreciate the significance of a fourth group, namely the village craftsmen and providers of services. In most villages there were self employed workers such as innkeepers, blacksmiths, farriers, joiners, carpenters, carriers and shopkeepers. Some men had two or even three jobs. A publican, for example, might also be a bricklayer and would probably have a smallholding as well. Members of this group generally relied upon family labour. From time to time they furthered their interests by collaborating with one of the other social groups in the village.

The contributors to this volume also criticise historians who have discussed unrest in the English countryside in the first half of the nineteenth century by describing the depression of 1815–16, the Swing riots of 1830–1 and the Rebecca riots of 1839–43. By concentrating upon major outbursts of rural violence there is a danger that unrest in other periods may be overlooked. Villagers had many grievances – low incomes, tithes, road tolls, the game laws, and the poor law. It is hardly surprising that sheepstealing, fowl thieving, cattle rustling, poaching and the burning of haystacks and barns were endemic in the English countryside. And in some districts the introduction of threshing machines was delayed because farmers were intimidated by violent attacks upon them.

In the final essay Roger Wells appeals for further research into English rural history. To the topics that he mentions may be added – developments in the north of England and in Scotland and Wales and the significance of enlistment in the army and emigration to the colonies as means of escape from the harsh conditions of life in the countryside.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John Saville, 1848. *The British State and the Chartist Movement*, Cambridge University Press, Cambridge 1990, 310 S., hardback, 37.50 £, paperback, 13.95 £.

Few aspects of British social history have been more thoroughly investigated than the Chartist movement. A recent bibliography lists 40 books on the subject. The early works, such as those of Gammage, Hovell, West and Dolléans, surveyed the movement as a whole, while in recent years the emphasis has been on regional studies (London, Bradford, Bristol, Scotland) and biographies (Doherty, Lowery, Harney, Ernest Jones).

Professor Saville has adopted a fresh approach to the subject. He has examined Chartist activities month by month in the critical year 1848. His approach is different from that of earlier writers since he devotes much attention to the link between Chartism and affairs in France and Ireland. A number of Chartists expected a revolution in France, led by the Paris workers, would be a signal for popular risings in England and on the Continent. When Louis Philippe fell from power in February 1848, the Chartist leaders Julian Harney and

Mick Reed/Roger Wells (Hrsg.), *Class, Conflict and Protest in the English Countryside*, Frank Cass, London 1990, hbd., 236 S., 19,50 £.

Six scholars have collaborated to produce a collection of essays on the structure of rural society in England between 1700 and 1880 and on the different ways in which farm labourers and village craftsmen protested against the harsh conditions under which they lived, particularly in times of agricultural depression. Seven of the ten essays have already appeared in *The Journal of Peasant Studies*. The contributors are quarrelsome colleagues. They appear to agree on fundamental issues but to quarrel over relatively minor matters.

The authors criticise the traditional division of English rural society into three classes – landlords, tenant farmers and agricultural labourers. They claim that historians have failed to appreciate the significance of a fourth group, namely the village craftsmen and providers of services. In most villages there were self employed workers such as innkeepers, blacksmiths, farriers, joiners, carpenters, carriers and shopkeepers. Some men had two or even three jobs. A publican, for example, might also be a bricklayer and would probably have a smallholding as well. Members of this group generally relied upon family labour. From time to time they furthered their interests by collaborating with one of the other social groups in the village.

The contributors to this volume also criticise historians who have discussed unrest in the English countryside in the first half of the nineteenth century by describing the depression of 1815–16, the Swing riots of 1830–1 and the Rebecca riots of 1839–43. By concentrating upon major outbursts of rural violence there is a danger that unrest in other periods may be overlooked. Villagers had many grievances – low incomes, tithes, road tolls, the game laws, and the poor law. It is hardly surprising that sheepstealing, fowl thieving, cattle rustling, poaching and the burning of haystacks and barns were endemic in the English countryside. And in some districts the introduction of threshing machines was delayed because farmers were intimidated by violent attacks upon them.

In the final essay Roger Wells appeals for further research into English rural history. To the topics that he mentions may be added – developments in the north of England and in Scotland and Wales and the significance of enlistment in the army and emigration to the colonies as means of escape from the harsh conditions of life in the countryside.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John Saville, 1848. *The British State and the Chartist Movement*, Cambridge University Press, Cambridge 1990, 310 S., hardback, 37.50 £, paperback, 13.95 £.

Few aspects of British social history have been more thoroughly investigated than the Chartist movement. A recent bibliography lists 40 books on the subject. The early works, such as those of Gammage, Hovell, West and Dolléans, surveyed the movement as a whole, while in recent years the emphasis has been on regional studies (London, Bradford, Bristol, Scotland) and biographies (Doherty, Lowery, Harney, Ernest Jones).

Professor Saville has adopted a fresh approach to the subject. He has examined Chartist activities month by month in the critical year 1848. His approach is different from that of earlier writers since he devotes much attention to the link between Chartism and affairs in France and Ireland. A number of Chartists expected a revolution in France, led by the Paris workers, would be a signal for popular risings in England and on the Continent. When Louis Philippe fell from power in February 1848, the Chartist leaders Julian Harney and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889–90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889–90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889–90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Engels. The traditional view is that the partners of the most famous intellectual team of the nineteenth century were in full agreement on the communist doctrine and on how that doctrine should be put into practice. This view was held by contemporaries such as Eleanor Marx, Paul Lafargue and Wilhelm Liebknecht as well as by many historians of the communist movement. Hunley convincingly argues that their assessment of the relations between Marx and Engels was fully justified.

When Marx died in 1883 Engels became the leader of the international socialist movement. His help and advice were always available to leaders of socialist parties on the Continent. There has been some controversy as to whether Engels changed his mind as to how capitalism was to be replaced by communism. As a young man in the 1840s he had agreed with Marx that only an armed rising of the workers could overthrow capitalism. Some scholars have suggested that in his old age Engels was prepared to admit that in the changed circumstances of the 1880s a peaceful evolution to a communist society was the best way forward. Hunley shows that this view is incorrect. In his so called »political testament«, written shortly before his death in 1895, Engels made it clear that in his opinion a peaceful evolution toward communism was possible only in a very few countries which enjoyed democratic parliamentary institutions. Elsewhere an armed rising would be necessary.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Jacques Grandjonc, *Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néo-babouvistes 1785–1842*. Bd. 1: Historique, Bd. 2: Pièces justificatives (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 39), Trier 1989, 558 S., geb., 35 DM.

Die vorliegende Rezension von Vladimir Mosolov ist ein Dokument der Umbruchzeit. Sie entstand noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989. An eine Publikation der russischen Version in der Sowjetunion war damals nicht zu denken. Deshalb entschloß sich der Autor, sein Manuskript der Redaktion des »Archiv für Sozialgeschichte« anzubieten. Wir drucken Mosolovs Rezension an dieser Stelle ab, weil sie – mittlerweile selbst ein Stück Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft – exemplarisch dokumentiert, wie aufmerksam und differenziert sowjetische Historiker die westeuropäische historische Kommunismusforschung unter schweren Bedingungen rezipierten und reflektierten. Die Redaktion.

Es ist mit Recht gesagt worden: »Bücher haben ihr Schicksal.« Doch nicht nur Bücher haben ihr Schicksal, sondern auch Wörter. In ihnen können allergrößte Lüge und Sittenlosigkeit eingebettet sein. Umgekehrt können sich in Wörtern Hoffnungen und Erwartungen konzentrieren, sie können einen Durchbruch der Menschheit zu neuen Höhepunkten des Wissens oder des Geistes markieren. Über das Schicksal von Wörtern und Begriffen läßt sich die Geschichte des sozialen und geistigen Lebens der Menschen – letztlich die Geschichte der Menschheit – verfolgen. Das Buch von Jacques Grandjonc befaßt sich mit der Entstehung und Entwicklung der Begriffe »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« sowie mit einer Reihe ihnen verwandter Begriffe, beginnend mit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und endend mit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der erste Teil des Buches stellt die eigentliche historische Untersuchung des Problems dar, der zweite Teil enthält Dokumente, mit denen der Autor seine Thesen untermauert. Einem be-

Engels. The traditional view is that the partners of the most famous intellectual team of the nineteenth century were in full agreement on the communist doctrine and on how that doctrine should be put into practice. This view was held by contemporaries such as Eleanor Marx, Paul Lafargue and Wilhelm Liebknecht as well as by many historians of the communist movement. Hunley convincingly argues that their assessment of the relations between Marx and Engels was fully justified.

When Marx died in 1883 Engels became the leader of the international socialist movement. His help and advice were always available to leaders of socialist parties on the Continent. There has been some controversy as to whether Engels changed his mind as to how capitalism was to be replaced by communism. As a young man in the 1840s he had agreed with Marx that only an armed rising of the workers could overthrow capitalism. Some scholars have suggested that in his old age Engels was prepared to admit that in the changed circumstances of the 1880s a peaceful evolution to a communist society was the best way forward. Hunley shows that this view is incorrect. In his so called »political testament«, written shortly before his death in 1895, Engels made it clear that in his opinion a peaceful evolution toward communism was possible only in a very few countries which enjoyed democratic parliamentary institutions. Elsewhere an armed rising would be necessary.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Jacques Grandjonc, *Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néo-babouvistes 1785–1842*. Bd. 1: Historique, Bd. 2: Pièces justificatives (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 39), Trier 1989, 558 S., geb., 35 DM.

Die vorliegende Rezension von Vladimir Mosolov ist ein Dokument der Umbruchzeit. Sie entstand noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989. An eine Publikation der russischen Version in der Sowjetunion war damals nicht zu denken. Deshalb entschloß sich der Autor, sein Manuskript der Redaktion des »Archiv für Sozialgeschichte« anzubieten. Wir drucken Mosolovs Rezension an dieser Stelle ab, weil sie – mittlerweile selbst ein Stück Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft – exemplarisch dokumentiert, wie aufmerksam und differenziert sowjetische Historiker die westeuropäische historische Kommunismusforschung unter schweren Bedingungen rezipierten und reflektierten. Die Redaktion.

Es ist mit Recht gesagt worden: »Bücher haben ihr Schicksal.« Doch nicht nur Bücher haben ihr Schicksal, sondern auch Wörter. In ihnen können allergrößte Lüge und Sittenlosigkeit eingebettet sein. Umgekehrt können sich in Wörtern Hoffnungen und Erwartungen konzentrieren, sie können einen Durchbruch der Menschheit zu neuen Höhepunkten des Wissens oder des Geistes markieren. Über das Schicksal von Wörtern und Begriffen läßt sich die Geschichte des sozialen und geistigen Lebens der Menschen – letztlich die Geschichte der Menschheit – verfolgen. Das Buch von Jacques Grandjonc befaßt sich mit der Entstehung und Entwicklung der Begriffe »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« sowie mit einer Reihe ihnen verwandter Begriffe, beginnend mit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und endend mit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der erste Teil des Buches stellt die eigentliche historische Untersuchung des Problems dar, der zweite Teil enthält Dokumente, mit denen der Autor seine Thesen untermauert. Einem be-

trächtlichen Teil der publizierten Dokumente sind gründliche einführende Erläuterungen vorangestellt, die nicht selten selbständige kleine (vom Umfang, nicht von der Bedeutung her) Abhandlungen darstellen. Der dritte Teil der Arbeit, der noch nicht vorliegt, soll einen Literaturüberblick und einen lexikalischen Anhang enthalten.

Konkret, überzeugend und auf einer enormen historischen Materialbasis, gibt das Buch Einblick in die Anfänge der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, um die wenigstens schon 150 Jahre längst nicht nur ideologische Schlachten geschlagen werden. In der aktuellen Diskussion – nicht so sehr in der Fachliteratur als vielmehr in der Publizistik – wird immer deutlicher die Tendenz sichtbar, die Idee des Sozialismus und Kommunismus selbst, vor allem ihren kollektivistischen Inhalt – in der Terminologie der Anfangsperiode: die »Gütergemeinschaft« – als künstliche Schöpfung von Stubentheoretikern zu bewerten, als etwas, das der historischen Erfahrung, den jahrhundertealten Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens widerspricht.

Die Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen ist nicht selten in der Literatur vornehmlich auf geistesgeschichtlicher Ebene behandelt worden, als Verknüpfung und Wechselwirkung von Ideen, oder aber sozusagen »von unten«, über die Geschichte von Bewegungen und Gruppen, die diese oder jene kommunistischen oder sozialistischen Ansichten vertraten. In der Arbeit von Grandjonc überkreuzen sich gleichsam die beiden Schnittstellen bzw. Untersuchungsebenen in den Begriffen: Einerseits wird deren Genesis auf ideengeschichtlicher Ebene untersucht, andererseits der Prozeß ihrer Einbürgerung (oder Nichteinbürgerung), der Veränderung und Präzisierung ihres Inhalts, wie dies in der realen gesellschaftlichen Bewegung je nach Veränderung der sozialen Situation der Fall war. Grandjonc ist es gelungen, ein hinreichend objektives Kriterium für das Vorhandensein und die Verbreitung von Ideen zu finden: präzise und chronologische Bedeutungserfassung ihres Gebrauchs in schriftlichen Erzeugnissen (in Büchern, in der Presse, in Dokumenten von Organisationen, in Polizeimaterialien). Dabei zeugt das Auftauchen eines Begriffes, eine Veränderung seiner Bedeutung, seine Verbreitung auch ganz deutlich von den Veränderungen, die im öffentlichen Bewußtsein vor sich gingen. Grandjonc demonstriert überzeugend die Notwendigkeit der Einheit einer linguistischen und sozialen Analyse; die Basis ist das Dokument in seinem breiten historischen Kontext, ein Ansatz, der das uns nur allzu bekannte Zitieren passender und erforderlicher Phrasen ausschließt; untersucht werden nicht nur allein die Hauptbegriffe »Sozialismus« und »Kommunismus«, sondern auch eine ganze Gruppe von begleitenden und verwandten Begriffen aus dem Umfeld von Bewegungen, die nach der Erreichung kommunistischer und sozialistischer Ziele strebten. Das Buch ist durchdrungen von einem ständigen und fruchtbaren Nebeneinander von Ideengeschichte und Geschichte der gesellschaftlichen Bewegungen, und das nicht nur in einem nationalen Rahmen, sondern in einem breiten internationalen Kontext unter Berücksichtigung der Wechselwirkung und wechselseitigen Beeinflussung nicht nur von Konzeptionen, sondern auch von Organisationen und politischen Gesellschaften.

Was hat nun Grandjoncs Analyse erbracht? Zunächst hat sie den Beweis erbracht, daß die Begriffe »communiste/communisme« erstmalig Ende des 18. Jahrhunderts (1785 und 1797) auftauchten, und zwar in französischer Sprache. Gebraucht wurden sie zur Bezeichnung von Anhängern der Gütergemeinschaft und ihrer Theorie. Und obwohl sie genetisch aus dem Mittelalter stammen, hängt ihre Geburt im heutigen Bedeutungssinne mit den Ereignissen der Französischen Revolution zusammen. »Entre le rêve utopique, la réflexion philosophique sur la communauté [. . .] et la lutte politique pour la réalisation de la communauté [. . .] l'événement décisif est naturellement la Révolution«, so Grandjonc. (S. 57) Die Idee des Kommunismus wurzelt tief in der europäischen Geschichte, nicht nur in dem Sinne, daß sie sich in den Strom der europäischen Kulturtradition einreicht mit ihren Betrachtungen über das Privateigentum als moralischem Übel und als Quelle der Ungleichheit, sondern auch deswegen, weil sie während der Französischen Revolution wieder auf-

kam, deren Ergebnisse die Grundlage der heutigen Zivilisation bilden. Das Schicksal des Begriffes »Kommunismus« war, wie Grandjónc überzeugend nachweist, eng mit dem Schicksal der Revolution selbst verknüpft. »[...] en 1794/1797 les néologismes »Kommunismus/communisme« sont en relation directe avec l'actualité politique: la Commune de Paris, les sans-culottes, puis la conjuration babouviste; ce qui en explique pour une part sans doute la disparition du langage (ou seulement du langage écrit?) plus de quarante ans durant avec les organisations et les hommes qui les véhiculaient, jusqu'à ce que le mouvement néo-babouviste vienne leur donner une seconde naissance.« (S. 21) Die Idee des Kommunismus verschwand sozusagen von der gesellschaftlichen Oberfläche, nicht jedoch aus der Realität. Die Idee der kollektivistischen Umgestaltung selbst lebte weiter, doch am Anfang des 19. Jahrhunderts begannen geistige Strömungen Gestalt anzunehmen, die das Problem einer solchen Umgestaltung anders angingen als in Form einer Übernahme der Macht im Laufe einer gewaltsamen Revolution. »La perspective en est la transformation progressive de l'humanité tout entière selon un projet présenté chaque fois par son auteur comme le seul valable.« (S. 88) Die Rede ist von den verschiedenen Schulen des utopischen Sozialismus.

So tritt mit der Krise der Hoffnungen auf einen revolutionären Weg der Umgestaltung der Gesellschaft allmählich die Idee des Sozialismus in das gesellschaftliche Bewußtsein ein. Der Begriff »socialiste«, der in Frankreich Ende der 1790er Jahre geboren wird, und »socialisme« (1832) kommen dort zwischen 1833 und 1838 in breitem Maße in Gebrauch. Zunächst aufgefaßt als Überlegenheit der Gemeinschaft gegenüber dem Individualismus, erlangt »socialisme« Mitte der 1830er Jahre die Bedeutung von »théorie de l'association et de la transformation communautaire et humanitaire de la société«. (S. 103 f.) Gleichzeitig werden solche Begriffe geboren wie »Kollektivismus«, »Mutualismus«, »kooperativ« (was damals ein Synonym war für »sozial«, im Grunde genommen auch »sozialistisch«), oder Formeln wie »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«. In allgemeiner Hinsicht widerspiegelt diese ganze Lexik das Aufkommen und Anwachsen von gesellschaftlichen Bewegungen, die gegen den Individualismus der bürgerlichen Gesellschaft Frankreichs protestierten und ihm die Suche nach bestimmten Formen der Kollektivität gegenüberstellten. Die Logik der Analyse des Autors zeugt davon, daß die Idee des Kommunismus aus dem Bestreben der minderprivilegierten Bevölkerung geboren wurde, eine gerechte Gesellschaftsordnung zu errichten. Sie widerspiegelt die Schärfe der sozialen Widersprüche in dieser Phase der Herausbildung der bürgerlichen, d. h. der Privateigentumsgesellschaft. Aus den Darlegungen des Autors ergibt sich ziemlich eindeutig, daß die gesellschaftliche Bewegung, als deren Ziel der Kommunismus aufzutreten begann, in erster Linie die Arbeiterbewegung war, daß die sozialistischen und kommunistischen Ideen in ihrer Entwicklung organisch mit der Arbeiterbewegung verbunden sind. Grandjónc betont die herausragende Bedeutung des Lyoner Weberaufstandes von 1831 im sozialen Leben Frankreichs und vermerkt, daß zur gleichen Zeit und in den nachfolgenden Monaten die zeitgenössische Terminologie des Klassenkampfes, die seit der Zeit der Französischen Revolution unter der Oberfläche schlummerte, präzisiert wird. (S. 143) In Gebrauch kommen die Begriffe »classe bourgeoise« als Gegenstück zu »classe ouvrière« oder »classe prolétaire«. 1832 kommt der Begriff »prolétariat« auf. 1839 gebrauchte Cabet erstmalig den Begriff »révolution bourgeoise« zur Bezeichnung bestimmter Prozesse und der allgemeinen Bilanz der Französischen Revolution. In analoger Richtung entwickeln sich die Prozesse auch in anderen Sprachen. Im Deutschen finden in den 1830er Jahren Begriffe wie »Arbeiterklasse«, »Proletariat«, »Proletarier« Eingang in den Sprachgebrauch. Im Englischen kam der Begriff »proletarians« 1840 auf, zur Verbreitung gelangte er aber erst Ende der 1840er Jahre. Interessant ist die Beobachtung des Autors, daß der Begriff »proletariate« erstmalig in der englischen Übersetzung des »Manifests der Kommunistischen Partei« 1850 auftauchte. (S. 199)

Das Eindringen dieses Begriffes Ende der 1830er, Anfang der 1840er Jahre widerspiegelt den Prozeß des werdenden Klassenbewußtseins der Arbeiter. Grandjonn schreibt – und gemeint sind die ersten Arbeiterorganisationen –, »le mouvement communiste naissant d'est pas le résultat fortuit des réflexions de quelques tailleurs ou savetiers mécontents ou de plunitifs en quete d'originalité, mais il est comme on se plaisait à le dire dès cette époque, le fruit nécessaire d'une société qui avait enfanté le prolétariat.« (S. 201) Die Verbreitung der kommunistischen Terminologie, so der Autor, fiel zusammen mit einer Streikwelle von Arbeitern und Handwerkern in Paris im Sommer 1840; überhaupt überrascht im Vergleich zu der relativ langsamen Verbreitung der Begriffe »socialiste/socialisme«, »Sozialist/Sozialismus«, »socialist/socialism« in Europa in den 1820er und 1830er Jahren der analoge Prozeß mit den Begriffen »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« in den drei Sprachen Französisch, Englisch, Deutsch durch seine Geschwindigkeit.

Unter diesen Bedingungen sind die Schwierigkeiten durchaus verständlich, auf die die Zeitgenossen beim Verständnis und Gebrauch der Begriffe »Sozialismus« und »Kommunismus« stießen. Es handelt sich um das Bewußtwerden der eigenen Position bei den aktiven Teilnehmern der entsprechenden Bewegungen und um das Verstehen dieser Position im breiten Publikum. Deswegen bezeichnete insbesondere Engels 1843 sowohl Leroux wie auch George Sand, Lamennais und Proudhon als französische Kommunisten (vgl. MEGA², I/3, S. 503).

Das zu verstehen, ist für uns auch heute wichtig. Wenn wir versuchen, Marx' und Engels' Anschauungen von Sozialismus und Kommunismus, die in ihren früheren Arbeiten zum Ausdruck gebracht wurden, zu analysieren, müssen wir sowohl die Evolution – und d. h. auch die Nichtabgeschlossenheit – ihrer Ansichten in diesen Fragen, die »Jugend« der Fragestellung berücksichtigen wie auch eine gewisse Nichtabgeschlossenheit, ein Nichtfertigsein der Begriffe Sozialismus und Kommunismus selbst, die sich noch im Werden befanden. Deswegen darf man in der Diskussion über Sozialismus und Kommunismus nicht, wie dies bisweilen gemacht wird, um Marx' Einstellung zum Kommunismus zu illustrieren, etwa seine Worte aus den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844« einfach zitieren, wonach »der Kommunismus als solcher nicht das Ziel der menschlichen Entwicklung« sei (MEGA² I/2, S. 275, S. 399), ohne genau zu wissen und entsprechend dem Leser zu erklären, welche Bedeutung dieser Begriff für die anderen zeitgenössischen Autoren hatte und welche Bedeutung Marx damals – und an dieser Stelle – in diesen hineinlegte.

Zwischen den 1830er und 1840er Jahren bemerkt der Autor einen »abrupten Rhythmuswechsel« bei der Diskusison von Sozialismus und Kommunismus angesichts der sozialen Krise, die Europa erfaßt hatte. In den Jahren 1840–1842 zeichneten sich bereits ab »les principaux thèmes et débats, les principales tendances du communisme et du socialisme modernes qui vont être au coeur de la réflexion de Marx et d'Engels, de leurs partisans et de leurs adversaires.« (S. 221) Es sind dies solche Themen wie die Konstituierung des Proletariats als Klasse und die der Kommunisten als Partei, das Verständnis der Kommunisten zum demokratischen Kampf etc.; es zeichnet sich, wenn auch noch ohne feste Form, ein Gegensatz ab zwischen zentralistischem und föderalistischem Kommunismus; ebenso die Alternative zwischen einer Umgestaltung der Gesellschaft durch friedliche Propaganda einerseits, der Machtübernahme durch revolutionäre Aktion andererseits; ferner das Problem der Diktatur einer Person, einer aktiven Minderheit bzw. des Proletariats insgesamt, das Verhältnis der Kommunisten zu den Nationalitäten, zu Familie und Ehe, zur Kunst – und bei den Gegnern das »Gespenst des Kommunismus«. (S. 221) Mit anderen Worten: Die Grundproblematik des sog. wissenschaftlichen Sozialismus, wie er sich in den frühen Arbeiten von Marx und Engels herausbildet, ist hier bereits vorhanden. Ausgehend von der materialistischen Geschichtsauffassung, gaben sie Antworten auf Fragen, die vor ihnen gestellt worden waren. Ihre Antwort war jedoch ganz ohne Zweifel – sowohl in ihrer Tiefe wie

auch in ihrer bestimmten historischen Beschränktheit – beeinflusst von den vorhergehenden Antwortversuchen, ja auch von der vorhergehenden Formulierung der Fragen.

Die Problemstellung, wie Grandjonec sie vornimmt, zwingt zum Nachdenken darüber, ob nicht auch das Aufkommen des Marxismus selbst in einem bestimmten Maße Ausdruck dieses »abrupten Rhythmuswechsels« ist, d. h. dazu zu versuchen, die Entstehung des Marxismus nicht nur in weltgeschichtlicher Hinsicht zu verstehen, sondern konkreter. Wir bringen den Marxismus in der Regel in Wechselbeziehung zum utopischen Sozialismus. Und das ist richtig, nimmt man die Frage in globaler historisch-philosophischer Sicht. Doch wenn man das Problem konkret historisch stellt, auf der Ebene des realen Prozesses der Herausbildung der Anschauungen von Marx und Engels, so muß man sie mit den konkreten Strömungen des sozialistischen Denkens vergleichen, die aktiv in der damaligen Literatur und der periodischen Presse diskutiert wurden und Bestandteil der geistigen Atmosphäre jener Jahre waren. Der ganze Gedankengang des Autors ist darauf angelegt, die Existenz einer ununterbrochenen Entwicklungslinie zu zeigen, einer organischen geistigen Verbindung zwischen den frühen sozialistischen und kommunistischen Erscheinungen und dem Aufkommen zahlreicher sozialistischer Ideenströmungen und Organisationen in den 1830er und 1840er Jahren bis hin zur Entstehung des Marxismus. Diese Ununterbrochenheit der Entwicklung ist eine objektive Tatsache und ganz und gar nicht eine »construction a posteriori de Marx, d'Engels et de leurs successeurs.« (S. 247). Das organische Einbeziehen des Marxismus in den Kontext der Geschichte der sozialistischen Ideen ist eine der stärksten Seiten des Buches von Grandjonec.

Die vom Autor äußerst konsequent verfolgte eindeutige Korrelation zwischen den Realien des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Terminologie könnte auf den ersten Blick als Vereinfachung erscheinen. Doch erstens fixiert der Autor genau das erstmalige (oder neue) Auftauchen dieser oder jener Begriffe. Hier ist alles nachprüfbar. Und zweitens zeigt der Autor, daß dieser oder jener Begriff nicht ad hoc zu entstehen braucht; er kann schon früher aufgekommen sein und solange latent existieren, bis er sozusagen vom Gang der Ereignisse »angefordert« wird, bis ein objektiver Bedarf entsteht, ihn in breitem Maße zu gebrauchen, um die neue Realität zu beschreiben und zu verstehen. Und erscheinen diese Wörter und Begriffe, die in der stillen Kammer geboren wurden, in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, dringen sie schließlich ins Leben und die gesellschaftliche Bewegung ein. Dort werden sie »glattgewaschen«, präzisiert, erlangen bisweilen eine etwas andere Bedeutung und kehren wieder zu den Theoretikern zurück. Diese gebrauchen sie im Hinblick auf die zeitgenössischen Leser, und das heißt, daß außer der neuen Bedeutung Rudimente des alten Inhaltes erhalten bleiben, der den Zeitgenossen durchaus verständlich ist. All dies gilt es zu berücksichtigen, will man heute die alten Texte begreifen – Texte, die nicht nur die historischen Fakten widerspiegeln, sondern auch eine andere Mentalität, wie das der Autor höchst überzeugend am Beispiel des Begriffes »wissenschaftlicher Sozialismus« aufzeigt. Dieser Begriff wird traditionell als Synonym gebraucht – entweder für Marxismus insgesamt bzw. für marxistische Theorie oder als Synonym für einen ihrer wichtigsten Teile: die Konzeption der künftigen Gesellschaft und der Wege des Übergangs zu ihr.

Grandjonec stellt die Frage, warum Marx und Engels nicht vor 1875 den Begriff »wissenschaftlicher Sozialismus« zur Bezeichnung ihrer Anschauungen gebraucht haben. Hier, und diesen Vorbehalt muß man sofort anbringen, unterläuft Grandjonec eine für ihn seltene Ungenauigkeit. 1873 gebraucht Engels in der Schrift »Die Wohnungsfrage« den Begriff »wissenschaftlicher deutscher Sozialismus«, und zwar in einem Kontext, aus dem eindeutig hervorgeht, daß von seinen und Marx' Anschauungen die Rede ist. (MEGA², I/24, S. 61, S. 62, S. 68) Doch so oder so, im genannten obigen Sinne wird der Begriff ziemlich spät gebraucht, ein Vierteljahrhundert nach dem Entstehen des »Manifests der Kommunistischen Partei«. Die Antwort sucht und findet der Autor in der Geschichte des Begriffes »wissenschaftlicher Sozialismus«. In der sozialistischen Idee trat ziemlich früh die Tendenz zu-

tage, die Begriffe Sozialismus und soziale Wissenschaft – die Wissenschaft von der Gesellschaft – miteinander gleichzusetzen. In einer 1840 veröffentlichten Broschüre eines Charlisten findet sich die Vorstellung, daß Sozialismus die neue Wissenschaft von der Gesellschaft ist. (S. 202) Die Formel »socialisme scientifique« selbst tauchte bei Proudhon 1840 auf. Doch unter dem Namen der Wissenschaft traten in den Schriften der damaligen Sozialisten oft höchst willkürliche Konstruktionen auf, und natürlich haben Marx und Engels in den 1840er Jahren den Begriff »wissenschaftlicher Sozialismus« nicht gebraucht, da er von Theoretikern – von Cabet bis hin zu den »wahren Sozialisten« – verwendet wurde, gegen die sie damals auftraten.

Wohl am fruchtbarsten erweist sich die vom Autor gewählte Methodologie der historisch-kritischen Begriffsanalyse beim Herangehen an die Idee der Diktatur des Proletariats. Das historische Herangehen an sie hilft nicht nur, den Begriff selbst zu verstehen, sondern gleichfalls auch den Grund, »pourquoi, parmi les premières victimes du stalinisme, on compte les principaux spécialistes du marxisme que rassemblait l'Institut du Marxisme de Moscou, alors dirigé par Rjazanov.« (S. 255) Die Verbindung ist hier offensichtlich: Die Stalinsche Dogmatisierung des Marxismus und seine Umwandlung in ein Instrument der ideologischen Rechtfertigung des persönlichen Machtregimes waren unvereinbar mit einem wirklichen historischen Herangehen an den Marxismus, an sein Befreiungs- und humanistisches Potential. Durch die Analyse konkreter Texte zeigt Grandjont, daß seit den 1830er Jahren der Begriff »Diktatur« die Tendenz hatte, nichts anderes zu bezeichnen als »souveraineté« oder »pouvoir«, »exercice du pouvoir«. Sowohl die Sansculotten als auch die Kommunisten der 1830er Jahre forderten die »souveraineté du peuple« und nicht irgendeinen Teil davon. Doch in der politischen Realität der damaligen Zeit weigerte sich die Großbourgeoisie hartnäckig, auch nur ein Quentchen Macht mit den Unterdrückten zu teilen. Das führte dazu, daß die Republikaner und die Anhänger kommunistischer Ideen allmählich auf den undifferenzierten Begriff »Volk« zugunsten des Begriffes »Proletariat« zu verzichten begannen. »A cette dictature de la minorité bourgeoise, la tradition babouviste et communiste du XIXe siècle oppose donc le projet d'une autre dictature pour la réalisation de la démocratie.« (S. 260) Das kann der Form nach die zeitweilige Diktatur eines Revolutionskomitees, einer provisorischen Regierung oder gar eines Mannes sein. Eine solche »Diktatur des Proletariats« müßte ihrem Wesen nach um so mehr demokratischen Charakter haben, als, nach den Vorstellungen der Revolutionäre der 1830er Jahre, das Proletariat den überwältigenden Teil der Bevölkerung des Landes ausmachte, unter Abzug der Handvoll Ausbeuter, Aristokraten und Parasiten.

Bei Marx und Engels gibt es bekanntlich bis zur Revolution von 1848/49 den Begriff »Diktatur des Proletariats« nicht, sondern die Rede ist von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse. Dabei gingen sie davon aus, daß das Proletariat imstande sein würde, die Mehrheit der Werktätigen, darunter auch die kleinbürgerlichen Schichten, mit sich zu ziehen. Erst ab 1850, nach der Niederschlagung der demokratischen Revolutionen, schreibt Grandjont, tauchten bei Marx und Engels erstmals die Formeln von der »Klassendiktatur der Bourgeoisie« und ihrem notwendigen Korrelat, der »Diktatur des Proletariats«, auf. In dieser historischen Situation war, genau wie für die Sansculotten des Jahres IV, die Herrschaft oder Diktatur des Proletariats nichts anderes als die Anwendung des Prinzips der »Demokratie« bzw. der »Souveränität des Volkes« auf die zahlenmäßig stärkste Klasse – ein Prinzip, das 1789 von der Bourgeoisie verkündet worden war und aus dem sie den größten Teil des Volkes ausgeschlossen hatte. Grandjont sieht natürlich den Unterschied zwischen dem neobabouvistischen und dem marxistischen Verständnis von Diktatur des Proletariats. »Pour Marx et Engels la perspective de la dictature de classe de prolétariat est une vision globale de la transformation des rapports de production pour l'établissement d'une société qui ne soit plus fondée sur l'exploitation de la majorité par une minorité.« (S. 262) Er ver-

merkt auch die Gefahren, welche die vom Neobouvismus und Blanquismus übernommene Formulierung der Diktatur in sich barg, »comme le prouve suffisamment l'emploi léniniste qui en a été fait depuis.« (S. 263)

Zur Zeit wird die Idee der Diktatur des Proletariats als eine Art »Grundübel« des Marxismus interpretiert, als Mittel, der Geschichte ein sozialistisches Projekt aufzuzwingen, das ihren Entwicklungsgesetzen fremd und von seiner Natur aus utopisch war. Man reduziert sie von vornherein und ausschließlich auf Gewalt, die ein paar Revolutionäre gegen die riesige Mehrheit des Volkes anwendeten, d. h. man setzt sie faktisch gleich mit ihrer stalinistischen Verzerrung. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß auch Lenin in den Jahren 1918–1921 den Akzent hauptsächlich auf die gewaltsame Seite der Diktatur des Proletariats gesetzt hat, obwohl hier vieles auch in den ungemein komplizierten Entwicklungsbedingungen der Oktoberrevolution seine Erklärung hatte. Das Buch von Grandjone hilft, Klarheit darüber zu gewinnen, daß genetisch und theoretisch das Marxsche – und vor-marxistische – Verständnis von Diktatur des Proletariats in seinem Kern den Übergang der Macht aus den Händen einer Handvoll von Ausbeutern in die Hand des Volkes meinte, d. h. ihre demokratische Natur im Sinn hatte, so paradox dies auch für den heutigen Leser klingen mag, in dessen Bewußtsein sich der Begriff mit dem Gulag-System und dem Pol-Pot-Regime verbindet. In der Akzentsetzung auf »Herrschaft des Volkes« liegt offenbar auch der Sinn von Engels' Verweisen auf die Pariser Kommune als Erfahrung der Diktatur des Proletariats und als demokratische Republik in ihrer Form. (MEW, 22, S. 198 f., S. 235) Vorerst gingen, wie bereits oben erwähnt, die Wegbereiter des Marxismus in den 1840er Jahren noch davon aus, daß das Proletariat imstande sei, das Volk anzuführen, und sie bezeichneten die künftige Herrschaft des Proletariats nicht als Diktatur. Doch als sie sich nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 von dem Schwanken des Kleinbürgertums, d. h. der Mehrheit des Volkes, überzeugt hatten, da kam der Begriff »Diktatur des Proletariats« auf, und zwar in enger Verbindung mit der Idee einer ununterbrochenen Revolution. In der realen gesellschaftlichen Bewegung und insbesondere in der ideologischen Gestaltung dieser Konzeption lagerten sich Reminiszenzen der Jakobinerdiktatur auf ihr ab und, worauf Grandjone aufmerksam macht, gewisse Tendenzen, die im vulgär-gleichmacherischen Kommunismus, aber nicht nur in ihm, existierten und die in einer bestimmten Periode auch den Marxismus beeinflußt haben.

Grandjone beschließt sein Buch mit dem Gedanken, daß »une approche du socialisme et du communisme contemporains par leurs origines un peu lointaines semble indispensable à une connaissance réelle du phénomène ainsi qu'à la clarté comme à la précision des débats les concernant.« (S. 266) Eines kann man sagen: Dieses Buch leistet einen ernsthaften Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe. Und das nicht nur, weil es viele interessante und subtile Überlegungen zu diesem Problem enthält, nicht nur dank der fruchtbaren methodologischen Vorgehensweise, die der Autor in seiner konkreten Forschungsarbeit realisiert, sondern auch deshalb, weil es dazu anregt, eine Reihe von Kardinalfragen der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen in der Arbeiterbewegung und der Geschichte des Marxismus unter diesem Aspekt neu anzugehen.

Vladimir Mosolov, Moskau

Aus dem Russischen von Heribert Lambert

Elzbieta Ettinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 384 S., Ln., 38 DM.

An Rosa Luxemburg haben sich zu Lebzeiten wie in den über 70 Jahren seit ihrem Tod die Geister geschieden, von den einen gehaßt, von den anderen verherrlicht. Beides ist der Autorin Elzbieta Ettinger gleichermaßen suspekt. Ihr Anspruch besteht indes nicht im Gera-

merkt auch die Gefahren, welche die vom Neobouvismus und Blanquismus übernommene Formulierung der Diktatur in sich barg, »comme le prouve suffisamment l'emploi léniniste qui en a été fait depuis.« (S. 263)

Zur Zeit wird die Idee der Diktatur des Proletariats als eine Art »Grundübel« des Marxismus interpretiert, als Mittel, der Geschichte ein sozialistisches Projekt aufzuzwingen, das ihren Entwicklungsgesetzen fremd und von seiner Natur aus utopisch war. Man reduziert sie von vornherein und ausschließlich auf Gewalt, die ein paar Revolutionäre gegen die riesige Mehrheit des Volkes anwendeten, d. h. man setzt sie faktisch gleich mit ihrer stalinistischen Verzerrung. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß auch Lenin in den Jahren 1918–1921 den Akzent hauptsächlich auf die gewaltsame Seite der Diktatur des Proletariats gesetzt hat, obwohl hier vieles auch in den ungemein komplizierten Entwicklungsbedingungen der Oktoberrevolution seine Erklärung hatte. Das Buch von Grandjone hilft, Klarheit darüber zu gewinnen, daß genetisch und theoretisch das Marxsche – und vor-marxistische – Verständnis von Diktatur des Proletariats in seinem Kern den Übergang der Macht aus den Händen einer Handvoll von Ausbeutern in die Hand des Volkes meinte, d. h. ihre demokratische Natur im Sinn hatte, so paradox dies auch für den heutigen Leser klingen mag, in dessen Bewußtsein sich der Begriff mit dem Gulag-System und dem Pol-Pot-Regime verbindet. In der Akzentsetzung auf »Herrschaft des Volkes« liegt offenbar auch der Sinn von Engels' Verweisen auf die Pariser Kommune als Erfahrung der Diktatur des Proletariats und als demokratische Republik in ihrer Form. (MEW, 22, S. 198 f., S. 235) Vorerst gingen, wie bereits oben erwähnt, die Wegbereiter des Marxismus in den 1840er Jahren noch davon aus, daß das Proletariat imstande sei, das Volk anzuführen, und sie bezeichneten die künftige Herrschaft des Proletariats nicht als Diktatur. Doch als sie sich nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 von dem Schwanken des Kleinbürgertums, d. h. der Mehrheit des Volkes, überzeugt hatten, da kam der Begriff »Diktatur des Proletariats« auf, und zwar in enger Verbindung mit der Idee einer ununterbrochenen Revolution. In der realen gesellschaftlichen Bewegung und insbesondere in der ideologischen Gestaltung dieser Konzeption lagerten sich Reminiszenzen der Jakobinerdiktatur auf ihr ab und, worauf Grandjone aufmerksam macht, gewisse Tendenzen, die im vulgär-gleichmacherischen Kommunismus, aber nicht nur in ihm, existierten und die in einer bestimmten Periode auch den Marxismus beeinflußt haben.

Grandjone beschließt sein Buch mit dem Gedanken, daß »une approche du socialisme et du communisme contemporains par leurs origines un peu lointaines semble indispensable à une connaissance réelle du phénomène ainsi qu'à la clarté comme à la précision des débats les concernant.« (S. 266) Eines kann man sagen: Dieses Buch leistet einen ernsthaften Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe. Und das nicht nur, weil es viele interessante und subtile Überlegungen zu diesem Problem enthält, nicht nur dank der fruchtbaren methodologischen Vorgehensweise, die der Autor in seiner konkreten Forschungsarbeit realisiert, sondern auch deshalb, weil es dazu anregt, eine Reihe von Kardinalfragen der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen in der Arbeiterbewegung und der Geschichte des Marxismus unter diesem Aspekt neu anzugehen.

Vladimir Mosolov, Moskau

Aus dem Russischen von Heribert Lambert

Elzbieta Ettinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 384 S., Ln., 38 DM.

An Rosa Luxemburg haben sich zu Lebzeiten wie in den über 70 Jahren seit ihrem Tod die Geister geschieden, von den einen gehaßt, von den anderen verherrlicht. Beides ist der Autorin Elzbieta Ettinger gleichermaßen suspekt. Ihr Anspruch besteht indes nicht im Gera-

derücken bestimmter Urteile über Luxemburgs Werk, sondern sie möchte die verengte, auf das politische Wirken Luxemburgs reduzierte Perspektive erweitern. So verdanken wir dem Buch Ettingers, das jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt, die Erkenntnis, daß Rosa Luxemburg ein »Mensch aus Fleisch und Blut« war.

Nun mag man einwenden, diese im Vorwort enthaltene Aussage sei nicht besonders spektakulär. Doch Ettingers Porträtierung einer Frau mit Stärken und Schwächen, mit Mut und Selbstzweifeln, mit Triumphen und Alpträumen macht klar, was dieses Buch von einer »blutleeren« politischen Biographie unterscheidet. Hier steht *der Mensch* Rosa Luxemburg im Vordergrund. Ettinger degradiert in ihrem Buch (nicht in Luxemburgs Leben!) das politische Werk zur Zweitrangigkeit. So findet etwa die Revisionismusdebatte, die einen Wendepunkt in Rosas Leben markierte, auf einer einzigen Buchseite statt. Beim Leser sind deshalb Vorkenntnisse gefragt, oder die im Vorwort erwähnte Sekundärliteratur ist zu Rate zu ziehen. Das mag manchen stören, die meisten Leser werden jedoch froh sein, längst Bekanntes nicht noch einmal serviert zu bekommen.

Elzbieta Ettinger stammt selbst aus Polen und ist deshalb vielleicht besonders geeignet, die Herkunft Rozalia Luksenburgs aus Zamość zu beleuchten. Einfühlsam schildert sie die wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen des polnischen Städtchens, die beruflichen Probleme des Vaters sowie das jüdische Milieu in Warschau, wo Rosa seit ihrem dritten Lebensjahr lebte. Das Außenseiterdasein des jüdischen, verkrüppelten Kindes, der Fleiß der Musterschülerin, die Begeisterung der 16jährigen für den polnischen Romantiker Adam Mickiewicz und der Anschluß der jungen Frau an die Untergrundzirkel sozial gesinnter Studenten in Warschau – das wirkt alles sehr authentisch und glaubhaft. Ob man Ettinger in der Einschätzung der Bedeutung bestimmter Ereignisse für Rosa folgt, etwa der Schilderung des Pogroms von 1881 als traumatischem Kindheitserlebnis, ist eine Frage der tiefenpsychologischen Neigung des Lesers.

Aus der Schülerin Rozalia Luksenburg wurde in Zürich die Studentin Rosa Luxemburg. Hier traf sie Leo Jogiches. Das Verhältnis dieser beiden Menschen durchzieht das Buch wie ein roter Faden. Aus den Wirrungen, den Machtkämpfen und Erniedrigungen dieser ungewöhnlichen Beziehung bezieht die Luxemburg-Biographie einen Großteil ihrer Spannung. In den ersten Jahren, in die unter anderem die gemeinsame Gründung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen fiel, schien der kühle, unnahbare Leo Jogiches die dominante Figur in dem Liebesverhältnis mit Rosa zu sein. Später erlangte sie, mitbedingt durch ihren akademischen und politischen Erfolg, die Oberhand. Auch als die beiden nicht mehr Liebende waren und Rosa eine Beziehung zu Kostja Zetkin hatte, trennten sich ihre Wege nicht. Leo Jogiches und Rosa Luxemburg, das legt das Buch Ettingers nahe, brauchten einander und blieben ihr Leben lang einander verbunden.

Die Quelle, aus der sich die Biographie speist, ist die umfangreiche Korrespondenz Rosa Luxemburgs. Naturgemäß geht es in Briefen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, höchst persönlich zu. Auch nach über 70 Jahren ist ein verantwortungsvoller Umgang mit dem sensiblen Material geboten. Man muß wohl eine Frau sein, um behutsam wie Elzbieta Ettinger die Briefe Rosas auszuwerten und dem Lesepublikum Rosas Gefühle zu schildern. Da wird nichts verschwiegen, aber wer manche Briefe Rosas kennt, der ahnt, welche Art von anzüglichen Formulierungen sich ein männlicher Biograph für die Veröffentlichung wohl nicht hätte entgehen lassen.

Es ist nicht nur die feinfühlige, liebende Rosa mit ihrem Wunsch nach Kindern und einem gemütlichen Zuhause, die dem Leser begegnet. Daß es zugleich die energische, kämpferische Rosa gibt, macht die Faszination dieser Persönlichkeit aus, ist aber keine Neuigkeit mehr. Anders als frühere Biographien versucht Ettinger diese beiden Elemente zusammenzufügen und führt politische Kontroversen auf private Begebenheiten zurück. Die These, daß Rosas vernichtender Angriff 1912 auf Karl Radek, der seinerseits Leo Jogiches attackiert hatte, nur auf dem Hintergrund ihres engen Verhältnisses zu Jogiches sowie den

vorausgegangen Enttäuschungen durch die beendete Beziehung zu Kostja Zetkin und den Streit mit Karl Kautsky zu verstehen sei, ist ebenso spannend wie unbelegbar. Gerade der Konflikt mit Radek zeigt aber, daß Rosa in Sachen politischer Moral nicht unfehlbar war und Ettinger dies nicht verschweigt. Rosa hatte Jogiches vorgeschlagen, den Warschauer Vorstand der Polnischen Sozialdemokratie wider besseres Wissen als zaristische Agenten zu verleumden, um ihn zu zerschlagen. »[. . .] Rosa Luxemburgs »gewisse Idee« – eine Idee, die zu Stalins bevorzugter Methode wurde, politische Gegner zu vernichten – wurde in die Tat umgesetzt. Diese Tat Rosa Luxemburgs ist durch nichts zu rechtfertigen. [. . .] Rosa Luxemburg wurde nach und nach Teil des Apparates, der seine eigenen Kinder frißt.« (S. 218)

Da bröckelt ein Mythos, und doch kann man sich bei der Lektüre dieser Biographie nur schwer der bewunderungsheischenden, emotionalen und rationalen Kraft dieser Frau entziehen. Sie war es, die konsequent gegen den Krieg opponierte und deshalb ins Gefängnis ging, und ihr blieb es vorbehalten, als erste vor den Gefahren der bolschewistischen Revolution in Rußland zu warnen. Das Image der Märtyrerin bleibt, wenngleich Ettinger auch das Bild von der inhaftierten Geistesriesin mit lyrischen Träumereien, das ihre Briefe aus dem Gefängnis zu vermitteln scheinen, nicht ungeschoren läßt. »Geschrieben in den Jahren 1916 bis 1918 an Sonja Liebknecht zu dem Zweck, der jungen Frau des eingesperrten Karl Mut zu machen, schufen und bewahrten die frisierten Briefe einen Mythos.« (S. 151) Rosas politische Isolation während des Ersten Weltkriegs, das Kesseltreiben gegen sie, bei dem ihr nur noch eine Handvoll Freunde blieb, und ihre grausame Ermordung bestimmten ihren letzten Lebensabschnitt. Hier gründet die Tragik des Lebens von Rosa Luxemburg, in dessen private Seite Elzbieta Ettinger außergewöhnliche Einblicke gewährt.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Willy Buschak (Hrsg.), Arbeitsbilder. Dokumente zwischen Symbolik und Alltag. 125 Jahre Nahrung, Genuß und Gaststätten, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1990, 143 S., geb., 49,80 DM.

Mit dem vorliegenden Buch beging die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten ihr 125jähriges Jubiläum im Jahr 1990. Wie der Geschäftsführende Vorstand der NGG, Erich Herrmann, im Vorwort darlegt, sollte das Jubiläum jedoch nicht allein Anlaß und Gelegenheit bieten zu einer historischen Retrospektive, sondern zudem »einen anderen Zugang zu unserer Geschichte« eröffnen, »als es gemeinhin üblich ist« (S. 7). Bei den Dokumenten zwischen Symbolik und Alltag handelt es sich um Fahnen und Fotos, geht es um die Gewerkschaftsgeschichte der Vorläuferorganisationen der NGG. Dabei verkörpert die Fahne gleichsam den Willen, zusammenzustehen und Solidarität zu demonstrieren. Durch die überwiegend in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts entstandenen Fotos soll der Alltag der Beschäftigten am Arbeitsplatz ersichtlich werden. Dadurch sollen sich die Vorstellungen – wie die Arbeitswelt der Arbeitenden erschließen. Keine Frage, daß dies mit den Fotos nur schwer zu bewerkstelligen ist, weil zwar viele Werksansichten, Aufnahmen blankgeputzter Maschinen und aufgeräumter Fertigungshallen, Gruppenarrangements der Belegschaftsmitglieder usw. existieren, aber kaum aussagekräftige Fotos der arbeitenden Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Die Ermittlung und Auswahl der rund 130 abgedruckten Fotos zeigt überzeugend, daß der Versuch insgesamt gelungen ist, auch ein Stück sozialer Wirklichkeit abzubilden. Leider ist der Bildband indessen nur sehr sparsam mit einem Begleittext versehen. Daher bleibt das Werk trotz der recht glücklichen Auswahl ausdrucksstarker, aber karg untertitelter Fotos irgendwie unfertig. Die Dokumente sind einzelnen

vorausgegangen Enttäuschungen durch die beendete Beziehung zu Kostja Zetkin und den Streit mit Karl Kautsky zu verstehen sei, ist ebenso spannend wie unbelegbar. Gerade der Konflikt mit Radek zeigt aber, daß Rosa in Sachen politischer Moral nicht unfehlbar war und Ettinger dies nicht verschweigt. Rosa hatte Jogiches vorgeschlagen, den Warschauer Vorstand der Polnischen Sozialdemokratie wider besseres Wissen als zaristische Agenten zu verleumden, um ihn zu zerschlagen. »[. . .] Rosa Luxemburgs »gewisse Idee« – eine Idee, die zu Stalins bevorzugter Methode wurde, politische Gegner zu vernichten – wurde in die Tat umgesetzt. Diese Tat Rosa Luxemburgs ist durch nichts zu rechtfertigen. [. . .] Rosa Luxemburg wurde nach und nach Teil des Apparates, der seine eigenen Kinder frißt.« (S. 218)

Da bröckelt ein Mythos, und doch kann man sich bei der Lektüre dieser Biographie nur schwer der bewunderungsheischenden, emotionalen und rationalen Kraft dieser Frau entziehen. Sie war es, die konsequent gegen den Krieg opponierte und deshalb ins Gefängnis ging, und ihr blieb es vorbehalten, als erste vor den Gefahren der bolschewistischen Revolution in Rußland zu warnen. Das Image der Märtyrerin bleibt, wenngleich Ettinger auch das Bild von der inhaftierten Geistesriesin mit lyrischen Träumereien, das ihre Briefe aus dem Gefängnis zu vermitteln scheinen, nicht ungeschoren läßt. »Geschrieben in den Jahren 1916 bis 1918 an Sonja Liebknecht zu dem Zweck, der jungen Frau des eingesperrten Karl Mut zu machen, schufen und bewahrten die frisierten Briefe einen Mythos.« (S. 151) Rosas politische Isolation während des Ersten Weltkriegs, das Kesseltreiben gegen sie, bei dem ihr nur noch eine Handvoll Freunde blieb, und ihre grausame Ermordung bestimmten ihren letzten Lebensabschnitt. Hier gründet die Tragik des Lebens von Rosa Luxemburg, in dessen private Seite Elzbieta Ettinger außergewöhnliche Einblicke gewährt.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Willy Buschak (Hrsg.), Arbeitsbilder. Dokumente zwischen Symbolik und Alltag. 125 Jahre Nahrung, Genuß und Gaststätten, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1990, 143 S., geb., 49,80 DM.

Mit dem vorliegenden Buch beging die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten ihr 125jähriges Jubiläum im Jahr 1990. Wie der Geschäftsführende Vorstand der NGG, Erich Herrmann, im Vorwort darlegt, sollte das Jubiläum jedoch nicht allein Anlaß und Gelegenheit bieten zu einer historischen Retrospektive, sondern zudem »einen anderen Zugang zu unserer Geschichte« eröffnen, »als es gemeinhin üblich ist« (S. 7). Bei den Dokumenten zwischen Symbolik und Alltag handelt es sich um Fahnen und Fotos, geht es um die Gewerkschaftsgeschichte der Vorläuferorganisationen der NGG. Dabei verkörpert die Fahne gleichsam den Willen, zusammenzustehen und Solidarität zu demonstrieren. Durch die überwiegend in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts entstandenen Fotos soll der Alltag der Beschäftigten am Arbeitsplatz ersichtlich werden. Dadurch sollen sich die Vorstellungen – wie die Arbeitswelt der Arbeitenden erschließen. Keine Frage, daß dies mit den Fotos nur schwer zu bewerkstelligen ist, weil zwar viele Werksansichten, Aufnahmen blankgeputzter Maschinen und aufgeräumter Fertigungshallen, Gruppenarrangements der Belegschaftsmitglieder usw. existieren, aber kaum aussagekräftige Fotos der arbeitenden Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Die Ermittlung und Auswahl der rund 130 abgedruckten Fotos zeigt überzeugend, daß der Versuch insgesamt gelungen ist, auch ein Stück sozialer Wirklichkeit abzubilden. Leider ist der Bildband indessen nur sehr sparsam mit einem Begleittext versehen. Daher bleibt das Werk trotz der recht geglückten Auswahl ausdrucksstarker, aber karg untertitelter Fotos irgendwie unfertig. Die Dokumente sind einzelnen

Kapiteln zugeordnet, die gewissermaßen berufsgruppenspezifisch den Arbeitsalltag thematisieren, und zwar für die Tabakarbeiter (S. 16–39), Brauer, Böttcher, Müller (S. 40–63), Bäcker (S. 64–79), Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (S. 80–103), Hotel- und Gaststättenangestellten (S. 104–127) und Fleischer (S. 128–141). Der die jeweiligen Kapitel einleitende Text ist äußerst knapp ausgefallen, zitiert ohne Verweis auf die entsprechenden Fundstellen und bleibt – zumal eine Zusammenfassung und Bündelung der streiflichtartigen Einzelaussagen erst gar nicht versucht wird – vor allem bruchstückhaft in einem Bildband, der durchaus Anlagen gehabt hätte, Gewerkschaftsgeschichte einmal unmittelbar und miterlebbar darzubieten.

Peter Blum, Mannheim

Andrea Hinsche, »Über den Parteien« und »neben den Gewerkschaften«: Der württembergische Landesverband evangelischer Arbeitervereine (1891–1918), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989, 368 S., brosch., 76 DM.

Welche Bedeutung hatten die evangelisch-konfessionellen Vereine für die Arbeiterbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Friedrich Naumann bezeichnete sie einmal resigiert als »Kleinkinderbewahranstalten«. Dieses plakative Wort aufgreifend, unterstreicht die geschichtswissenschaftliche Literatur seither die Bedeutungslosigkeit und Schwäche der evangelischen Arbeitervereine gegenüber ihrer katholischen oder sozialdemokratischen »Konkurrenz«. Dennoch mangelt es an fundierten Einzelstudien, die das Diktum vom »Versagen der protestantischen Kirche vor der sozialen Frage« (G. Brakelmann) genauer belegen oder analysieren könnten.

Ausgehend von dieser Problemlage, erforscht Andrea Hinsche in ihrer Karlsruher Dissertation von 1988 den württembergischen Landesverband evangelischer Arbeitervereine. Dieser auf Landesebene konstituierte Dachverband verschiedener kommunaler Vereine war seit 1902 vom deutschen evangelischen Gesamtverbandswesen weitgehend unabhängig. Hauptsächlich auf der Grundlage publizistischer Quellen wird er zunächst auf seine Organisationsstruktur, Programmatik und Wirksamkeit hin untersucht. Die Verfasserin legt dabei die Ausgangsfrage zugrunde, ob der Landesverband seinem eigenen Anspruch gerecht wurde und »aus dem Geist der Religion heraus bürgerlich-proletarische Klassenunterschiede [. . .] überbrücken« konnte. (S. 2) In einem zweiten Teil untersucht sie das Verhältnis von Landesverband einerseits und evangelischer Kirche, politischen Parteien und den Gewerkschaften andererseits.

Bei der Analyse der Sozial- und Organisationsstruktur der einzelnen Arbeitervereine weist die Verfasserin den hohen quantitativen Anteil an bürgerlichen Führungskräften, vor allem von Pfarrern und Lehrern, nach. Eine Anhebung des Arbeiteranteils an den Führungskräften mißlang aber ebenso wie die Integration von Arbeiterinnen und Arbeiterinnenvereinen in den Landesverband: Es überwog in diesem Zusammenhang in den Vereinen eine bürgerlich-konservative Gesellschaftsauffassung, die auch bei den Mitgliedern weitgehend akzeptiert wurde. Zumindest ansatzweise gelang es dem Verband durch eigene Agitationsmittel, durch fürsorgliche Initiativen (wie z. B. Versicherungs- und Sterbekassen, sowie die Bereitstellung von Bildungs- und Freizeitangeboten) und nicht zuletzt durch ein eigenes Verbandsabzeichen, den für die sozialmoralischen Milieus des Kaiserreichs so charakteristischen »Kitt« (S. 128) bereitzustellen, der einen großen Teil der Mitglieder zusammenhalten konnte. Die württembergische Landeskirche ging aber auf vorsichtige Distanz zum Verband: Sie wollte soziale evangelische Anliegen durch den konservativeren Evangelisch-sozialen Kongreß angegangen sehen. Umfassende Kooperation hat es daher zwischen Verband und Kirche als Organisation nicht gegeben. Stark war im Landesver-

Kapiteln zugeordnet, die gewissermaßen berufsgruppenspezifisch den Arbeitsalltag thematisieren, und zwar für die Tabakarbeiter (S. 16–39), Brauer, Böttcher, Müller (S. 40–63), Bäcker (S. 64–79), Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (S. 80–103), Hotel- und Gaststättenangestellten (S. 104–127) und Fleischer (S. 128–141). Der die jeweiligen Kapitel einleitende Text ist äußerst knapp ausgefallen, zitiert ohne Verweis auf die entsprechenden Fundstellen und bleibt – zumal eine Zusammenfassung und Bündelung der streiflichtartigen Einzelaussagen erst gar nicht versucht wird – vor allem bruchstückhaft in einem Bildband, der durchaus Anlagen gehabt hätte, Gewerkschaftsgeschichte einmal unmittelbar und miterlebbar darzubieten.

Peter Blum, Mannheim

Andrea Hinsche, »Über den Parteien« und »neben den Gewerkschaften«: Der württembergische Landesverband evangelischer Arbeitervereine (1891–1918), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989, 368 S., brosch., 76 DM.

Welche Bedeutung hatten die evangelisch-konfessionellen Vereine für die Arbeiterbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Friedrich Naumann bezeichnete sie einmal resigiert als »Kleinkinderbewahranstalten«. Dieses plakative Wort aufgreifend, unterstreicht die geschichtswissenschaftliche Literatur seither die Bedeutungslosigkeit und Schwäche der evangelischen Arbeitervereine gegenüber ihrer katholischen oder sozialdemokratischen »Konkurrenz«. Dennoch mangelt es an fundierten Einzelstudien, die das Diktum vom »Versagen der protestantischen Kirche vor der sozialen Frage« (G. Brakelmann) genauer belegen oder analysieren könnten.

Ausgehend von dieser Problemlage, erforscht Andrea Hinsche in ihrer Karlsruher Dissertation von 1988 den württembergischen Landesverband evangelischer Arbeitervereine. Dieser auf Landesebene konstituierte Dachverband verschiedener kommunaler Vereine war seit 1902 vom deutschen evangelischen Gesamtverbandswesen weitgehend unabhängig. Hauptsächlich auf der Grundlage publizistischer Quellen wird er zunächst auf seine Organisationsstruktur, Programmatik und Wirksamkeit hin untersucht. Die Verfasserin legt dabei die Ausgangsfrage zugrunde, ob der Landesverband seinem eigenen Anspruch gerecht wurde und »aus dem Geist der Religion heraus bürgerlich-proletarische Klassenunterschiede [. . .] überbrücken« konnte. (S. 2) In einem zweiten Teil untersucht sie das Verhältnis von Landesverband einerseits und evangelischer Kirche, politischen Parteien und den Gewerkschaften andererseits.

Bei der Analyse der Sozial- und Organisationsstruktur der einzelnen Arbeitervereine weist die Verfasserin den hohen quantitativen Anteil an bürgerlichen Führungskräften, vor allem von Pfarrern und Lehrern, nach. Eine Anhebung des Arbeiteranteils an den Führungskräften mißlang aber ebenso wie die Integration von Arbeiterinnen und Arbeiterinnenvereinen in den Landesverband: Es überwog in diesem Zusammenhang in den Vereinen eine bürgerlich-konservative Gesellschaftsauffassung, die auch bei den Mitgliedern weitgehend akzeptiert wurde. Zumindest ansatzweise gelang es dem Verband durch eigene Agitationsmittel, durch fürsorgliche Initiativen (wie z. B. Versicherungs- und Sterbekassen, sowie die Bereitstellung von Bildungs- und Freizeitangeboten) und nicht zuletzt durch ein eigenes Verbandsabzeichen, den für die sozialmoralischen Milieus des Kaiserreichs so charakteristischen »Kitt« (S. 128) bereitzustellen, der einen großen Teil der Mitglieder zusammenhalten konnte. Die württembergische Landeskirche ging aber auf vorsichtige Distanz zum Verband: Sie wollte soziale evangelische Anliegen durch den konservativeren Evangelisch-sozialen Kongreß angegangen sehen. Umfassende Kooperation hat es daher zwischen Verband und Kirche als Organisation nicht gegeben. Stark war im Landesver-

band die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, die man schlechterdings für katholisch dominiert hielt. Vor diesem Hintergrund wird auch seine demonstrative Hinwendung zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verständlich. Deren Größenordnung bleibt aber fraglich, zumal von den ca. 6000 evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern (1913) wahrscheinlich nur höchstens 12 % gewerkschaftlich organisiert waren. Dasselbe gilt für den Stellenwert des politischen Engagements des Landesverbandes, das bei den Reichstagswahlen 1912 seinen Höhepunkt mit einer Kampagne für die liberalen Parteien (und gegen die SPD) erreichte, mit dem Kriegsausbruch aber völlig zum Erliegen kam. Gewerkschaftliches und politisches Engagement des Landesverbandes führten insgesamt zwar nicht zum erhofften Mitglieder- und Bedeutungszuwachs, wohl aber zu einer erhöhten Publizität und zu einem Wechsel des politischen Ansprechpartners: Waren dies traditionell die Konservativen, wurden es nun die Liberalen.

Eine klarere Beantwortung der Ausgangsfrage bleibt allerdings aus. Der Verfasserin ist mit ihrer Arbeit eine angemessene Mischung aus systematisch gegliederter Strukturanalyse und chronologischer Darstellung gelungen. Es ergibt sich das facettenreiche Bild einer regional und programmatisch nahezu eigenständigen, bisweilen provinziellen Organisation im Spektrum der konfessionell-bürgerlichen Sozialreform des Deutschen Kaiserreichs. Allzu konsequent verfolgt die Verfasserin leider ihren Ansatz, den Landesverband ausschließlich an seiner eigenen Programmatik zu messen und zu beurteilen. Ob eine evangelisch-konfessionelle Sozialreform möglich war, ist eine Fragestellung, die untrennbar verknüpft ist mit der weitergehenden Frage, in welchem Rahmen diese möglich war und warum hier dieser Rahmen im Vergleich zu katholisch-konfessionellen Organisationen so erstaunlich klein war und blieb: Friedrich Naumanns vernichtendes Urteil der »Kleinkinderbewahranstalten« wird im Blick auf diesen Landesverband zwar relativiert, das Diktum vom Versagen der evangelischen Arbeiterbewegung vor der sozialen Frage bleibt aber auch für ihn gültig.

Andreas Neemann, Tübingen

Martin Rütther, *Arbeiterschaft in Köln 1928–1945* (= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 16), dme/Janus-Verlagsgesellschaft, Köln 1990, 492 S., brosch., 49,80 DM.

Dieses Buch ist ein »Nebenprodukt« der Dissertation des Verfassers über »Betriebsräte in Köln 1945–1952«. Nebenprodukt bedeutet aber nicht, daß hier marginale oder redundierende Kenntnisse zusammengetragen wären, sondern es handelt sich sozusagen um ein Grundlagenwerk für die zweite, thematisch etwas anders gelagerte Buchveröffentlichung Rütthers. Die hier anzugebende Untersuchung über die Kölner Arbeiterschaft zu Ende der Weimarer Republik und während der NS-Herrschaft erschließt sich dem Leser nicht leicht. Sie setzt eine angestrenzte und konzentrierte Lektüre voraus, wozu nicht allein die 71 Zahlentabellen beitragen, sondern auch eine Darstellungsweise, die sich intensiv den Schwankungen des Einkommens der Kölner Arbeiterschaft zuwendet und deswegen in starkem Maße zahlenorientiert sein muß (vgl. S. 13). Die dem Verfasser zur Verfügung stehende Quellenbasis ist leider nicht so gut, wie es die subtilen Interpretationen und scharfsinnigen Vorgehensweisen Rütthers eigentlich wünschenswert gemacht hätten: In der Hauptsache kann er sich nur auf zwei Archive bedeutender Unternehmen stützen (Felten und Guillaume und Klöckner-Humboldt-Deutz, beides Firmen der Metallindustrie). Bedingt durch die Kriegszerstörungen 1943/45 ist in Köln die Quellenlage zu fast allen Fragestellungen des hier erörterten Zeitraumes recht ungünstig. Nichtsdestotrotz ist es dem Autor gelungen, einen überzeugenden Eindruck von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kölner

band die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, die man schlechterdings für katholisch dominiert hielt. Vor diesem Hintergrund wird auch seine demonstrative Hinwendung zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verständlich. Deren Größenordnung bleibt aber fraglich, zumal von den ca. 6000 evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern (1913) wahrscheinlich nur höchstens 12 % gewerkschaftlich organisiert waren. Dasselbe gilt für den Stellenwert des politischen Engagements des Landesverbandes, das bei den Reichstagswahlen 1912 seinen Höhepunkt mit einer Kampagne für die liberalen Parteien (und gegen die SPD) erreichte, mit dem Kriegsausbruch aber völlig zum Erliegen kam. Gewerkschaftliches und politisches Engagement des Landesverbandes führten insgesamt zwar nicht zum erhofften Mitglieder- und Bedeutungszuwachs, wohl aber zu einer erhöhten Publizität und zu einem Wechsel des politischen Ansprechpartners: Waren dies traditionell die Konservativen, wurden es nun die Liberalen.

Eine klarere Beantwortung der Ausgangsfrage bleibt allerdings aus. Der Verfasserin ist mit ihrer Arbeit eine angemessene Mischung aus systematisch gegliederter Strukturanalyse und chronologischer Darstellung gelungen. Es ergibt sich das facettenreiche Bild einer regional und programmatisch nahezu eigenständigen, bisweilen provinziellen Organisation im Spektrum der konfessionell-bürgerlichen Sozialreform des Deutschen Kaiserreichs. Allzu konsequent verfolgt die Verfasserin leider ihren Ansatz, den Landesverband ausschließlich an seiner eigenen Programmatik zu messen und zu beurteilen. Ob eine evangelisch-konfessionelle Sozialreform möglich war, ist eine Fragestellung, die untrennbar verknüpft ist mit der weitergehenden Frage, in welchem Rahmen diese möglich war und warum hier dieser Rahmen im Vergleich zu katholisch-konfessionellen Organisationen so erstaunlich klein war und blieb: Friedrich Naumanns vernichtendes Urteil der »Kleinkinderbewahranstalten« wird im Blick auf diesen Landesverband zwar relativiert, das Diktum vom Versagen der evangelischen Arbeiterbewegung vor der sozialen Frage bleibt aber auch für ihn gültig.

Andreas Neemann, Tübingen

Martin Rütther, *Arbeiterschaft in Köln 1928–1945* (= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 16), dme/Janus-Verlagsgesellschaft, Köln 1990, 492 S., brosch., 49,80 DM.

Dieses Buch ist ein »Nebenprodukt« der Dissertation des Verfassers über »Betriebsräte in Köln 1945–1952«. Nebenprodukt bedeutet aber nicht, daß hier marginale oder redundierende Kenntnisse zusammengetragen wären, sondern es handelt sich sozusagen um ein Grundlagenwerk für die zweite, thematisch etwas anders gelagerte Buchveröffentlichung Rütthers. Die hier anzugebende Untersuchung über die Kölner Arbeiterschaft zu Ende der Weimarer Republik und während der NS-Herrschaft erschließt sich dem Leser nicht leicht. Sie setzt eine angestrengte und konzentrierte Lektüre voraus, wozu nicht allein die 71 Zahlentabellen beitragen, sondern auch eine Darstellungsweise, die sich intensiv den Schwankungen des Einkommens der Kölner Arbeiterschaft zuwendet und deswegen in starkem Maße zahlenorientiert sein muß (vgl. S. 13). Die dem Verfasser zur Verfügung stehende Quellenbasis ist leider nicht so gut, wie es die subtilen Interpretationen und scharfsinnigen Vorgehensweisen Rütthers eigentlich wünschenswert gemacht hätten: In der Hauptsache kann er sich nur auf zwei Archive bedeutender Unternehmen stützen (Felten und Guillaume und Klöckner-Humboldt-Deutz, beides Firmen der Metallindustrie). Bedingt durch die Kriegszerstörungen 1943/45 ist in Köln die Quellenlage zu fast allen Fragestellungen des hier erörterten Zeitraumes recht ungünstig. Nichtsdestotrotz ist es dem Autor gelungen, einen überzeugenden Eindruck von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kölner

Industriearbeiterschaft zu vermitteln, wobei die Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung bewußt ausgeklammert wird.

Rüthers besonderes Betrachtungsfeld ist die »betriebliche Ebene« (S. 11), und hier ist ihm auch eine dichte, informationsgesättigte Darstellung gelungen. Besonderes Interesse gilt der auch schon von anderen Autoren diskutierten Fragestellung, ob zwischen dem Verhalten der Arbeiterschaft vor und nach dem Beginn der NS-Diktatur eine Interdependenz besteht, ob die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. des drohenden Arbeitsplatzverlustes im Gefolge der Weltwirtschaftskrise das politische bzw. betriebliche Engagement der Werktätigen seit 1933 wesentlich bestimmt hat, eine Frage, die nach den an Köln gewonnenen Erkenntnissen auch von Rüther bejaht werden kann. Er schreibt dazu: »Die soziale Wahrnehmung reduzierte sich auf das unmittelbare Umfeld der eigenen Existenz; gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wurde immer weniger Interesse geschenkt.« (S. 420) Dieser Prozeß der »Individualisierung« der Arbeiterschaft (S. 420) läßt sich bis zum Ende des Krieges beobachten; gestärkt wurde er vom Regime und den Betrieben durch eine im Sinne des Systems geschickte Lohnpolitik, die einzelnen Branchen, etwa denjenigen der in die Rüstungsindustrie eingebundenen, durchaus beachtliche Lohnsteigerungen einbrachte, was zur weiteren Segmentierung der Arbeiterschaft führte.

In den Darlegungen Rüthers werden zahlreiche Problemkreise angesprochen; nur zwei seien hier noch hervorgehoben: Die »Vertrauensratswahlen« der Jahre 1934 und 1935 werden einer eingehenden Interpretation unterzogen. (S. 173 ff.) Auch hier zeigt sich die nach Industriezweigen verschiedene, »individualisierte« Einstellung der Arbeiter, die jedenfalls nicht den Wünschen von NSDAP/NSBO entsprach; wie bekannt, wurden in den folgenden Jahren keine Vertrauensratswahlen mehr veranstaltet.

Ein bemerkenswertes, bisher noch wenig untersuchtes Feld der betrieblichen Wirklichkeit sind die »Krankmeldungen« während des Krieges, denen der Autor weitgreifende Ausführungen widmet. (S. 372 ff.) Neben dem Ansteigen der tatsächlichen Krankheitsfälle, bedingt durch unzureichende Ernährung, überlange Arbeitszeit und psychische Belastungen wegen der nächtlichen Bombenangriffe, wird hier ein wiederum individuelles Protestverhalten sichtbar, das von den Betrieben aber bald durch »Hausbesuche« eingegrenzt werden konnte.

Entgegen den hier geäußerten positiven Aspekten der Untersuchung von Rüther wird man sich fragen dürfen, ob er seine Erkenntnisse nicht allzusehr auf die Kölner Großindustrie stützt. Dies ist nun ein Problem der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Quellen; unklar bleibt, wie sich die »Arbeiterschaft« – der Autor versieht zu Recht diesen ein geschlossenes Kollektiv suggerierenden Begriff mit einem Fragezeichen (S. 420) – in den kleineren Industrieunternehmen mit nur einigen Dutzend Beschäftigten verhalten hat. Leserunfreundlich gestaltet sind leider die Anmerkungen, die in einer zu kleinen Type gesetzt sind, was die fortlaufende Beschäftigung mit diesem Buch recht erschwert. Es ist davon auszugehen, daß die an der Industriearbeiterschaft Kölns gewonnenen Erkenntnisse als exemplarisch für die Arbeiter in Deutschland überhaupt anzusehen sind; Martin Rüthers Ausführungen werden jedenfalls die Diskussionen befruchten und weiterführen.

Günter Bers, Köln

Sven Beckert, Bis zu diesem Punkt und nicht weiter: Arbeiteralltag während des Zweiten Weltkrieges in der Industrieregion Offenbach–Frankfurt, unter Mitarb. von Katharina F. Boehm, Verlag für Akad. Schriften, Frankfurt/Main 1990, 227 S., kart., 38 DM.

Das Anliegen dieser im Rahmen des Schülerwettbewerbs um den Preis des Bundespräsidenten mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit ist es, am Beispiel Offenbachs (und

Industriearbeiterschaft zu vermitteln, wobei die Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung bewußt ausgeklammert wird.

Rüthers besonderes Betrachtungsfeld ist die »betriebliche Ebene« (S. 11), und hier ist ihm auch eine dichte, informationsgesättigte Darstellung gelungen. Besonderes Interesse gilt der auch schon von anderen Autoren diskutierten Fragestellung, ob zwischen dem Verhalten der Arbeiterschaft vor und nach dem Beginn der NS-Diktatur eine Interdependenz besteht, ob die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. des drohenden Arbeitsplatzverlustes im Gefolge der Weltwirtschaftskrise das politische bzw. betriebliche Engagement der Werktätigen seit 1933 wesentlich bestimmt hat, eine Frage, die nach den an Köln gewonnenen Erkenntnissen auch von Rüther bejaht werden kann. Er schreibt dazu: »Die soziale Wahrnehmung reduzierte sich auf das unmittelbare Umfeld der eigenen Existenz; gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wurde immer weniger Interesse geschenkt.« (S. 420) Dieser Prozeß der »Individualisierung« der Arbeiterschaft (S. 420) läßt sich bis zum Ende des Krieges beobachten; gestärkt wurde er vom Regime und den Betrieben durch eine im Sinne des Systems geschickte Lohnpolitik, die einzelnen Branchen, etwa denjenigen der in die Rüstungsindustrie eingebundenen, durchaus beachtliche Lohnsteigerungen einbrachte, was zur weiteren Segmentierung der Arbeiterschaft führte.

In den Darlegungen Rüthers werden zahlreiche Problemkreise angesprochen; nur zwei seien hier noch hervorgehoben: Die »Vertrauensratswahlen« der Jahre 1934 und 1935 werden einer eingehenden Interpretation unterzogen. (S. 173 ff.) Auch hier zeigt sich die nach Industriezweigen verschiedene, »individualisierte« Einstellung der Arbeiter, die jedenfalls nicht den Wünschen von NSDAP/NSBO entsprach; wie bekannt, wurden in den folgenden Jahren keine Vertrauensratswahlen mehr veranstaltet.

Ein bemerkenswertes, bisher noch wenig untersuchtes Feld der betrieblichen Wirklichkeit sind die »Krankmeldungen« während des Krieges, denen der Autor weitgreifende Ausführungen widmet. (S. 372 ff.) Neben dem Ansteigen der tatsächlichen Krankheitsfälle, bedingt durch unzureichende Ernährung, überlange Arbeitszeit und psychische Belastungen wegen der nächtlichen Bombenangriffe, wird hier ein wiederum individuelles Protestverhalten sichtbar, das von den Betrieben aber bald durch »Hausbesuche« eingegrenzt werden konnte.

Entgegen den hier geäußerten positiven Aspekten der Untersuchung von Rüther wird man sich fragen dürfen, ob er seine Erkenntnisse nicht allzusehr auf die Kölner Großindustrie stützt. Dies ist nun ein Problem der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Quellen; unklar bleibt, wie sich die »Arbeiterschaft« – der Autor versieht zu Recht diesen ein geschlossenes Kollektiv suggerierenden Begriff mit einem Fragezeichen (S. 420) – in den kleineren Industrieunternehmen mit nur einigen Dutzend Beschäftigten verhalten hat. Leserunfreundlich gestaltet sind leider die Anmerkungen, die in einer zu kleinen Type gesetzt sind, was die fortlaufende Beschäftigung mit diesem Buch recht erschwert. Es ist davon auszugehen, daß die an der Industriearbeiterschaft Kölns gewonnenen Erkenntnisse als exemplarisch für die Arbeiter in Deutschland überhaupt anzusehen sind; Martin Rüthers Ausführungen werden jedenfalls die Diskussionen befruchten und weiterführen.

Günter Bers, Köln

Sven Beckert, Bis zu diesem Punkt und nicht weiter: Arbeiteralltag während des Zweiten Weltkrieges in der Industrieregion Offenbach–Frankfurt, unter Mitarb. von Katharina F. Boehm, Verlag für Akad. Schriften, Frankfurt/Main 1990, 227 S., kart., 38 DM.

Das Anliegen dieser im Rahmen des Schülerwettbewerbs um den Preis des Bundespräsidenten mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit ist es, am Beispiel Offenbachs (und

zum Teil auch Frankfurts) zu prüfen, ob den Nationalsozialisten die Integration der Arbeiter in ihr System gelang. Dazu werden die Mobilisierung der Arbeitskräfte sowie die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in dieser Stadt untersucht. Im einzelnen gilt die Aufmerksamkeit – aus der Alltagsperspektive – der Vorgeschichte der Machtübertragung in Offenbach, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bis 1939, dem Arbeitsalltag im Krieg, der Frauenarbeit, der Lage der Zwangsarbeiter, der Entwicklung der Rüstungsproduktion, dem Einfluß der DAF auf die Arbeiter, dem Schicksal der Juden und den Formen des Arbeiterwiderstandes. Bei ihrer Darstellung stützten sich die Verfasser auf die Befragung von Zeitzeugen, und Katharina Boehm stellte als Anhang eine Übersicht der Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager in Frankfurt zusammen.

So entstand ein Bild von Offenbach als der größten hessischen Industriestadt, deren Bevölkerung sich zu 60 % aus Arbeitern (vor allem der Leder- und Textilindustrie) zusammensetzte und deren politisches Milieu bis 1933 von einer starken Arbeiterbewegung geprägt wurde. Erst 1936/37 wurde die Massenarbeitslosigkeit überwunden, und ab 1939 kam es zu einer sich ständig verstärkenden Verlagerung von Rüstungsaufträgen in die Stadt. Die Verfasser kommen in ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß nach Kriegsbeginn die Integration der Arbeiter durch die Volksgemeinschaftsideologie versagte, daß aber tendenzielle Erfolge der Nazis u. a. durch das Wirken der DAF (am Beispiel einer Werkfrauengruppe in der Lederfabrik Krumm AG dargestellt) und durch Unterschichtung durch Zwangsarbeiter zu verzeichnen waren. Die vollständige Eingliederung der Arbeiter in das System, die dadurch nicht erreicht werden konnte, sei mit »blutigster terroristischer Unterdrückung« (S. 11) versucht worden.

Hier scheinen allerdings die wirklich stattgefundenen Integrationsprozesse unterschätzt zu werden. Die Ausrichtung auf den Führermythos um Hitler, soziale Verbesserungen und die verschiedenen Abstufungen von Bindungen an das System durch Mitwissen und Mitschuld hatten tiefergehende Wirkungen (und auch langfristige) als deutlich wird. So sollte der Krieg eben nicht nur Investitionen in Rüstungsgüter unmittelbar profitabel machen, die Bevölkerung ideologisch binden und den Arbeitskräfte- bzw. Rohstoffmangel beheben (S. 26), sondern es wurde dem »arischen Volksgenossen« vorgegaukelt, daß er durch einen ideologisch motivierten Rassekrieg seine eigenen Zukunftschancen verbessern könne. Daß daran wohl nicht wenige auch geglaubt haben, könnte ein Grund dafür sein, daß der Widerstand z. B. in Offenbach so gering war. Das wird auch von Beckert dargestellt, indem er darauf eingeht, daß der Ausländereinsatz deutsche Arbeiter korrumpierte und daß diese den auf ihnen lastenden Druck teilweise an die Zwangsarbeiter weitergaben. Einer Solidarisierung wirkten auch die vielfältigen – und nicht nur in der DAF vorhandenen – Aufstiegsmöglichkeiten entgegen, die ein wesentliches Merkmal nationalsozialistischer Arbeiterpolitik zumindest während des Krieges waren. Die aufgeworfene Frage nach den Kriterien für die Grenzen zwischen Widerstand im engeren Sinn und Alltagsresistenz wird letztlich nicht schlüssig zu beantworten sein. Zwar kann ein Fernbleiben von der Arbeit eine Form bewußten Protestes gewesen sein (zumal ein nicht unerhebliches Risiko damit verbunden war), doch ist auch die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß in der Regel Erschöpfung durch Luftangriffe, hoher Arbeitsdruck, schlechte Ernährung und Doppelbelastung der arbeitenden Frauen ausschlaggebend waren. Gleichzeitig muß wohl bedacht werden, daß Diktaturen dazu neigen, normale Unmutsäußerungen oder Versäumnisse zu politisieren und entsprechend zu ahnden. Dieser Tatsache sind im Nationalsozialismus nicht wenige Menschen zum Opfer gefallen, die sich selbst keineswegs als Widerstandskämpfer empfanden. Letztlich war die Stellung der Arbeiter im Kriege wohl weniger durch ihre »neugefundene Machtposition« (S. 41) gekennzeichnet als dadurch, daß sie sich – ohne vollkommen integriert zu sein – weitgehend den Forderungen des Systems anpaßten und durchaus einige davon als eigene Überzeugungen verinnerlichten.

Rainer Eckert, Berlin

Ruth Fischer/Arkadij Maslow, *Abtrünnig wider Willen*. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hrsg. v. Peter Lübke. Mit einem Vorwort von Hermann Weber, Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 676 S., 46 Abb., Ln., 178 DM.

Als radikale Linke ausgerechnet zu Beginn der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik an die Führungsspitze der KPD gelangt, verursachten die noch nicht 30jährige Ruth Fischer und der allgemein als »theoretischer Kopf« der Partei bezeichnete, nur wenig ältere Arkadij Maslow mit ihrem energisch gesteuerten Kurs der Bolschewisierung binnen eines Jahres einen ebenso drastischen Mitglieder- wie Wählerschwund der Partei. Von der Kominternführung nach knapp eineinhalbjährigem Wirken ihrer Funktionen enthoben und im Sommer 1926 aus der KPD ausgeschlossen, sollten beide fortan ihre politischen und mehr noch ihre publizistischen Aktivitäten gegen den der deutschen wie internationalen kommunistischen Bewegung zunehmend zum Verhängnis werdenden Stalinismus richten. Den gebürtigen Russen, eigentlicher Name: Isaak Tschemerinsky, aufgewachsen in Deutschland, hochbegabt, Musik in Dresden, Mathematik und Physik in Berlin studierend, und die 1919 nach Berlin gekommene Ruth Fischer, eigentlicher Name: Elfriede Eisler, verheiratete Friedländer, in Wien aufgewachsen und dort Philosophie und Nationalökonomie studierend, verband bis zu Maslows vorzeitigem Tod eine über 20jährige Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Im Frühjahr 1933 über Prag und Zürich in die Pariser Emigration gezwungen, entkamen sie mit knapper Not und auf getrennten Wegen 1941 nach Übersee. Maslow starb bald darauf 50jährig und gesund in Havanna unter Umständen, die Ruth Fischer in New York, wo sie gerade seine Einreise in die USA erwirkt hatte, an einen GPU-Mord glauben ließen. Die letzten 20 Jahre ihres Lebens verbrachte sie forschend, schreibend, lehrend und rastlos reisend, stets auch mit vielen Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft Kontakte unterhaltend.

Die von Peter Lübke mit außerordentlicher Sorgfalt edierten Briefe und Schriften entstammen dem der Harvard Universität übereigneten Nachlaß Ruth Fischers. Aus über 14 000 Briefen, verfaßt zwischen 1934 und 1961, wählte der Herausgeber rund 150, die zum kleineren Teil von Arkadij Maslow aus Havanna an Ruth Fischer in New York gerichtet waren und zum überwiegenden Teil die umfassende Korrespondenz Ruth Fischers mit Freunden, Mitstreitern und Widersachern aus den 20er Jahren und neugewonnenen Gesprächspartnern aus den 40er und 50er Jahren umfaßt; dazu Artikel und Entwürfe beider vorwiegend zur Situation in der Sowjetunion sowie Ruth Fischers zu verschiedenen Zeiten verfaßte biographisch-politische Erinnerungen, z. T. als Kapitel ihres nicht vollendeten Folgebandes zu »Stalin und der deutsche Kommunismus« vorgesehen.

Zu den Vorzügen der Publikation gehört ein sehr gründlicher wissenschaftlicher Apparat, der ein kurzbiographisch abgefülltes Personenverzeichnis einschließt. Das Herzstück der Publikation, Ruth Fischers Korrespondenz mit nahezu sämtlichen rechten wie linken Abweichlern und aus der KPD Ausgeschlossenen von auch nur einiger Bedeutung, spiegelt sowohl ihre vielfältigen Bemühungen um solidarische Hilfe für die in Europa Zurückgebliebenen wie um politische Orientierung in der Nachkriegszeit wider. Autoren berühmt gewordener Erlebnisberichte wie Margarete Buber-Neumann, Susanne und Wolfgang Leonhard, Alexander Weissberg-Cybalski, polit-aktivistische Schriftsteller wie Franz Jung, Arthur Koestler, Georg Orwell, aber auch Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, Herbert Wehner, Fritz Heine gehörten zu ihren zeitweiligen Brief- und Gesprächspartnern. Ihre wie Maslows Erfahrungen und Einschätzungen dürften sowohl für die fortgeschrittene Exilforschung wie für eine notwendigerweise neu zu führende Stalinismuskritik der Linken von Wert sein. Ruth Fischers Nachkriegsverhältnis zur SPD wechselte von anfänglichen Hoffnungen zu späteren Enttäuschungen. Hatte sie 1949 noch auf die große Zahl der Exkommunisten in ihren Reihen gesetzt (ein Phänomen, das, nebenbei bemerkt, bis heute noch einer analytischen, parteigeschichtlichen Aufarbeitung harret), die mit ihren z. T. be-

deutenden Kominternverfahren eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominternzeiten: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

Beatrix Herlemann, Hannover

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit

deutenden Kominternverfahren eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominternzeiten: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

Beatrix Herlemann, Hannover

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit

der beiden Arbeiterparteien aus prinzipiellen Erwägungen heraus ablehnten und »sich in Abgrenzung zur KPD zu profilieren bemühten« (S. 11). Dennoch hätte es zwischen beiden Parteien große Gemeinsamkeiten gegeben, beide hätten einen Lernprozeß durchlaufen, der zu einer Annäherung ihrer Standpunkte geführt habe. Auf beiden Seiten sei es darum gegangen, »überholte Positionen« und »verfehlte Auffassungen« zu überwinden und zu neuen »Denkweisen und Einsichten« vorzudringen. Trotz zunehmender – und nicht geleugneter – Auseinandersetzungen sei es immer wieder gelungen, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Entscheidend für den Fortgang der Ereignisse war – wie auch in der Einführung nachgezeichnet – die sogenannte Sechziger Konferenz vom Dezember 1945. Die eigentliche Entscheidung fiel erst in den Wochen danach, wobei zwar nicht verschwiegen, aber doch heruntergespielt wird, welch zunehmendem Druck die Sozialdemokraten ausgesetzt waren. Als auffällig wird beschrieben, daß es nach der Dezember-Konferenz kaum positive und begrüßende Reaktionen aus den Parteiorganisationen der SPD gab, wie dies für die KPD vermeldet wird. Gründe werden nicht genannt, vielmehr wird darauf verwiesen, daß entsprechende Forschungen für die regionale Ebene noch ausstehen. Gleichzeitig wird das äußere Erscheinungsbild des Vorgangs beschrieben, wonach es auf der unteren Ebene zahlreiche gemeinsame Aktionen gab; deren Zustandekommen wird jedoch kaum hinterfragt. Vielmehr wird betont, daß die Bereitschaft unter den Sozialdemokraten gewachsen sei, sich der Argumentation der Kommunisten zugunsten einer Einheitspartei anzuschließen.

Die eigentlichen Probleme, die für die Entscheidung und die Motive der Sozialdemokraten zugunsten der Einheitspartei entscheidend gewesen sein dürften, liegen wohl in dem, was als Desiderate der Forschung und als »weiße Flecken« bezeichnet wird. Von gar nicht hoch genug zu bewertender Bedeutung ist dabei die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht. Dazu heißt es, daß sie materiell und ideell jene Kommunisten und Sozialdemokraten unterstützte, die für eine Vereinigung eintraten. »Dabei war es zweifellos so, daß allein schon diese Parteinahme eine bedrückende Tatsache für die Opposition darstellte« (S. 33). Mit großer Zurückhaltung wird dann auf die Pressezensur und den Druck verwiesen, der mit vielfältigen Methoden auf Sozialdemokraten ausgeübt wurde. Allerdings müßten Vorwürfe der Verhaftung von Sozialdemokraten und anderer Repressalien gegen Einheitsgegner durch Einsicht in Archivbestände der ehemaligen SMAD näher geklärt werden. Das sei bislang nicht möglich gewesen. Noch schwieriger sei es, folgt man den Ausführungen, zu erhellen, wie sowjetische Sicherheitsorgane gehandelt, »inwieweit sie in der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern zugleich auch politische Opponenten der Besatzungspolitik ausgeschaltet haben« (S. 35). Doch – so das zentrale Argument der Einleitung – mit der These von der „Zwangsvereinigung“ lasse sich das Wesen des Vereinigungsprozesses nicht charakterisieren. Sie treffe nicht den Inhalt der Bewegung, aus der die SED hervorgegangen sei. Denn dem Zusammenschluß der beiden Parteien seien demokratisch vorbereitete ordentliche Parteitage von KPD und SPD vorausgegangen, auf denen die Delegierten über die Vereinigung abgestimmt hätten. »Die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien ging zusammen mit Hunderttausenden neuen Mitstreitern, die zuvor weder der KPD noch der SPD angehört hatten, aus innerer Überzeugung in die Einheitspartei« (S. 35). Hier sind zumindest starke Zweifel anzumelden. Allerdings geht es auch um die wohl auch politisch motivierte Behauptung, die Gründung der SED und ein eigener Weg zum Sozialismus hätten die Chance für einen Neubeginn geboten. Erst seit 1948, verstärkt seit Anfang der fünfziger Jahre, sei es zu einer Entwicklung gekommen, die dem demokratischen Charakter des Zusammenschlusses und dem »Geist der Vereinigung« widersprochen habe. Mit diesem Prozeß der Stalinisierung und der Abkehr vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« sei schließlich die Einheit der Arbeiterbewegung verlorengegangen. Indes hebe dieser Verlauf der Geschichte nicht die Notwendigkeit des Zusammengehens aller linken Kräfte auf. Darüber wird vermutlich zu streiten sein.

Beatrix W. Bouvier, Bonn

Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Hrsg.), Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewußtseins von Arbeitnehmern, 6 Bde., Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989.

In sechs Bänden liegt nun das Ergebnis eines Forschungsprojekts zum »Wandel des politischen Bewußtseins von Arbeitnehmern« vor, das das Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Auftrag der Arbeits- und Sozialministerien mehrerer Bundesländer, verschiedener Einzelgewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Ziel dieses Projektes war es, Veränderungen in der Arbeits- und Lebenssituation sowie im gesellschaftlichen Bewußtsein von Arbeitnehmern zu bestimmen und die Auswirkungen solcher Veränderungen auf das politische Handeln von Arbeitnehmern zu reflektieren.

Konkret sollte Antwort auf folgende Fragen gegeben werden, die nicht zuletzt für die Politik der Gewerkschaften von zentraler Bedeutung sind:

- Wie verändern sich Arbeitsplätze beim Einsatz neuer Techniken?
- Welche Erwartungen und/oder Befürchtungen verknüpfen Arbeitnehmer mit dem technologischen Wandel?
- Wie weit hat sich der Arbeitsmarkt gespalten? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer im Verteilungskampf um die knapper werdenden Arbeitsplätze?
- Welche Werthaltungen und Zukunftsvorstellungen herrschen in der erwerbstätigen Bevölkerung vor? Welche Formen der Interessenvertretung und Konfliktaustragung – kollektiv oder individualistisch – werden bevorzugt?
- Entsteht ein neuer Typ des selbstbewußten, politisch flexiblen Arbeitnehmers, der sich in keines der bestehenden Wählerlager fest einbinden läßt? Verbreitet sich unter allen Arbeitnehmern eine »Angestelltenmentalität«?

Um Antworten auf diese (und zahlreiche weitere Einzel-)Fragen zu erhalten, wurden drei Datenquellen verwandt: 1. Eine breite empirische Repräsentativerhebung bei 8 000 wahlberechtigten Bundesbürgern/innen, darunter 4 000 Erwerbstätigen; 2. Regional- und Branchenuntersuchungen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg, Bremen und Bayern mit insgesamt rund 5 000 befragten Arbeitnehmern/innen; und 3. Sekundäranalysen aus dem Infas-Datenarchiv der Jahre 1963 bis 1986. Die bundesweiten Befragungen wurden im Zeitraum Dezember 1985/April 1986, die Regional- und Branchenuntersuchungen zwischen Februar und Juni 1986 durchgeführt.

Der erste Band unternimmt den Versuch einer Bestandsaufnahme zum Problem der »Gewerkschaften vor den Herausforderungen der Neunziger Jahre«.¹ Einerseits wird die Rezeption der gewerkschaftlichen Konzepte zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik unter den Bedingungen beschleunigten technologischen Wandels in den Betrieben und an den Arbeitsplätzen beleuchtet. Andererseits wird untersucht, wie Arbeitnehmer, die mit Neuen Technologien arbeiten, ihre Arbeitsplatzsituation bewerten und wie diese »modernen« Arbeitnehmer zu gewerkschaftlichen Aktions- und Organisationsformen stehen. Nur einige Einzelergebnisse können hier referiert werden:

- Im Hinblick auf die Attraktivität der gewerkschaftspolitischen Konzepte und Programme zeigt sich, daß die Themen – etwa Beschäftigungspolitik und Umweltschutz – im Bewußtsein der Arbeitnehmer einen hohen Aufmerksamkeitswert beanspruchen können. Doch das heißt nicht, daß die gewerkschaftlichen Konzepte akzeptiert werden;

¹ Dieter Fröhlich/Hubert Krieger/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der Neunziger Jahre, 1989, 201 S., mit 94 Tabellen und Grafiken, 25 DM.

so hielt 1985/86 immerhin ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht für eine vordringliche Aufgabe staatlicher Politik; und die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften hatte kaum Resonanz. (S. 47 f.)

- Die Annahme, der Organisationsgrad der Gewerkschaften werde durch den technologischen Wandel negativ beeinflusst, wurde in dieser pauschalen Form nicht bestätigt; d. h. die Einführung Neuer Technologien hat der Organisationsbereitschaft von Arbeitern keinen Abbruch getan. Und mit Blick auf eine Reihe von Angestelltengruppen zeigt sich eher ein positiver Zusammenhang zwischen Verwendung neuer Arbeitsmittel und Gewerkschaftsnähe, ohne daß damit allerdings eine Lösung der grundsätzlichen Probleme des Organisationsgrades der Angestellten in Sicht wäre. (S. 158 ff.)
- Wenig erstaunlich ist gewiß, daß sich bei der Einschätzung der Folgen des technologischen Wandels für die Arbeitsbedingungen positive wie negative Tendenzen abzeichneten: Gestiegene Wissensanforderungen und gesteigerte Möglichkeiten, berufliches Können einzubringen, wurden als positiv bewertet; das gilt auch für die Abnahme von Monotonie-Erfahrungen sowie für die Erwartung erhöhter Arbeitsplatzsicherheit und verbesserter Aufstiegschancen durch die Arbeit mit modernen Technologien. Als negativ galten die Verschärfung des Arbeitstempos und der Leistungskontrolle. (S. 192 ff.)

Auf Grundprobleme der gewerkschaftlichen Politik bezieht sich auch der 2. Band, der unter dem Titel »Arbeitsmarktkrise und Arbeitnehmerbewußtsein«² die Probleme der Segmentation der Arbeitnehmer in Stamm- und Randbelegschaften behandelt; dabei geht es vor allem um die Frage nach etwaigen Unterschieden im gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Bewußtsein zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen und nach den Folgen solcher Differenzen für die Formulierung der zukünftigen Gewerkschaftspolitik. Auch hier seien einige Ergebnisse vorgestellt:

- Auffallend ist die deutliche Entsprechung zwischen der Einschätzung der Arbeitsplatzsicher- bzw. -unsicherheit und den parteipolitischen Präferenzen: Während im »Sicherheitsbereich« die CDU mit 50 % vor der SPD (41 %) lag, führte die SPD im »Unsicherheitsbereich« mit 64 % deutlich vor der CDU (30 %). (S. 68 ff.)
- Bemerkenswert (wenn auch nicht überraschend) ist, daß die Bereitschaft, in eine Gewerkschaft einzutreten, mit der Krisengefährdung des Arbeitsplatzes anwuchs. (S. 89 f.) Dieses Ergebnis korrespondiert mit der erhöhten Mobilisierbarkeit für gewerkschaftspolitische Forderungen im krisengefährdeten Teil des Arbeitsmarktes. (S. 134 f.)
- Bestätigt wird auch die Annahme, daß die betriebliche Interessenvertretung bei den Arbeitnehmern zwar starken Rückhalt findet, daß es aber zugleich eine deutliche Neigung zur individualistischen Interessenvertretung bei persönlichen Konflikten gibt. Dahinter wird nicht zu unrecht das Ideal einer einvernehmlichen Lösung für Interessenkonflikte vermutet, wobei eine strukturell garantierte Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen gesichert sein müsse. (S. 186)

Der 3. Band rückt unter dem Titel »Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft«³ die Frage nach dem »Wertewandel« ins Zentrum der Betrachtung. Dabei geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Einstellungsveränderungen im Hinblick auf Arbeit und Freizeit finden sich bei den Arbeitnehmern? Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf die gewerkschaftliche Organisation und Politik? Gibt es Unterschiede in der Hand-

2 Hubert Krieger/Klaus Liepelt/Reinhart Schneider/Menno Smid, Arbeitsmarktkrise und Arbeitnehmerbewußtsein, 1989, 204 S., mit 111 Tabellen und Grafiken, 25 DM.

3 Richard Stöss/Reinhart Schneider/Menno Smid, Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, 1989, 148 S., mit 50 Tabellen, 20 DM.

lungskompetenz, in den Anforderungen an die Gewerkschaften und in der Zustimmung zur konkreten Gewerkschaftspolitik bei unterschiedlichen Arbeitnehmergruppen?

- Es zeigt sich, daß sich der viel beschworene »Wertewandel« in der Arbeitnehmerschaft allenfalls sehr behutsam abzeichnet. Im Hinblick auf die allgemeinen Lebensziele stehen Arbeitsplatzsicherheit und Einkommenshöhe im Vordergrund; die Mehrheit der Arbeitnehmer hält die Berufsarbeit für wichtig, ohne sich indessen total damit zu identifizieren. Selbstverwirklichung in Privatleben und Freizeit ist demgegenüber als Lebensziel deutlich nachgeordnet. (S. 61 ff.)
- Weder in den allgemeinen Lebenszielen noch in der Hochschätzung kooperativer Modelle für die Lösung von Arbeitsplatzkonflikten zeigten sich signifikante Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten; auch die unterschiedlichen Einschätzungen und Perspektiven von »modernen« und »traditionellen« Arbeitern sowie zwischen Männern und Frauen waren nicht sehr deutlich ausgeprägt. Die zu beobachtenden Differenzierungen im Hinblick auf die Betriebszentrierung und die Orientierung an sozialer Sicherheit und materiellem Aufstieg sind eher Qualifikationsunterschieden als anderen Differenzierungen zuzuordnen. (S. 140)

Die Ergebnisse der ersten drei Bände werden im 4. Band unter dem Titel »Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel«⁴ nochmals zusammengefaßt; außerdem findet sich in diesem Band ein Anhang, in dem die Methoden und Instrumente der Datenerhebung vorgestellt werden. (S. 153-199)

Die Reihe wird abgerundet durch die Publikation zweier der insgesamt fünf Regionalstudien, die im Rahmen dieses Projektes unternommen wurden. Band 5 untersucht in ausgewählten Branchen Nordrhein-Westfalens die Auswirkungen und Einstellungen zu technischem Wandel, die Entwicklung des Umweltbewußtseins und die Einschätzung der Arbeitszeit- bzw. Überstundenfrage.⁵ Damit werden am Beispiel des Bergbaus, der Metallindustrie und des öffentlichen Dienstes zugleich die Probleme einer Region im wirtschaftlichen Umbruch analysiert. Und in Band 6 werden Wirkungen des technologischen Wandels auf die Arbeitswelt, auf Wertorientierungen und Leitbilder und auf die Berufsorientierung von Frauen in zwei expandierenden Branchen – in der chemischen Industrie und im Bankgewerbe – des Großraums Frankfurt am Main beleuchtet.⁶

Die Fülle der Einzelergebnisse dieser sechs Bände ist durchaus beeindruckend. So reichhaltig und informativ der inhaltliche Ertrag dieses Projekts auch ist, die Ergebnisse sind indessen kaum überraschend. Wer konkrete Handlungsanweisungen oder auch nur Entscheidungshilfen erwartet hat, wird überdies enttäuscht sein: Das feine Raster der Typenbildung und die behutsame Interpretation der Ergebnisse schärfen gerade den Blick für die Ambivalenzen der Auswirkungen des technologischen Wandels auf das Arbeitnehmerbewußtsein, so daß sich pauschale »Lehren« für die gewerkschaftliche Politik von selbst verbieten.

Michael Schneider, Rheinbach

4 Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider, *Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft*, 1989, 199 S., mit 80 Tabellen und Grafiken, 24 DM.

5 Ursula Feist/Wolfgang Hartenstein/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider/Menno Smid, *Wandel der Industriegesellschaft und Arbeitnehmerbewußtsein. Untersuchungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen Nordrhein-Westfalens*, 1989, 130 S., mit 72 Tabellen und Grafiken, 28 DM.

6 Ursula Feist/Wolfgang Hartenstein/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider, Menno Smid, *Technischer und sozialer Wandel in der Arbeitswelt. Untersuchungen am Beispiel der Chemischen Industrie und des Bankgewerbes in Hessen*, 1989, 152 S., mit 82 Tabellen und Grafiken, 28 DM.